

## Guillaume prüft schnuppernd die Amtsluft

Inzwischen hatte für den Kundschafter für den Frieden das Jahr 1970 begonnen: „Auch während der etwa zweistündigen Fahrt mit dem Express ließ sich Ehrenberg nichts anmerken. Wir blätterten in den Morgenzeitungen, besahen uns durch das Fenster die Gegend, plauderten und streiften dabei schon ein paar Probleme, die auf uns an den neuen Arbeitsplätzen zukommen würden. Es war der 7. Januar 1970. Als wir im Palais Schaumburg ankamen, prüfte ich schnuppernd die Amtsluft. [...] Da ahnte ich noch nichts Schlimmes. Während wir zu Ehmke gingen, dachte ich nur: Wie aufmerksam! Der große Chef persönlich will mir zum Dienstantritt noch ein paar gute Worte mit auf den Weg geben! Ehmke erwartete uns. Er war nicht allein. Der vierte Mann in der Runde wurde vorgestellt: Ministerialdirigent Schlichter, Geheimschutzbeauftragter des Amtes. Ich spürte, wie sich in mir eine Saite spannte. Ohne Umschweife kam der Minister zur Sache. Es seien Sicherheitsbedenken aufgetreten, das Gespräch habe absolut vertraulichen Charakter! Nach meiner Erinnerung dauerte das Gespräch knapp zwei Stunden. Diese zwei Stunden gehören zu den schwierigsten meiner Laufbahn. [Die vom Zigarrenladen ins Bundeskanzleramt führte.] Ministerialdirigent Schlichter, später als Zeuge des Gesprächs befragt, charakterisierte sie so: »Der Herr Minister hat Herrn Guillaume mit Fragen regelrecht berannt, ohne Schonung!« Vom Inhalt des Gesprächs fertigte der Sicherheitsbeauftragte Schlichter einen Vermerk an, der von Ehmke und mir gegengezeichnet wurde. Ich zitiere daraus: »Herr Minister teilte Herrn Guillaume mit: auf Grund von Angaben einer genau feststehenden Quelle sowie auf Grund von Angaben einer zweiten Quelle bestehe der Verdacht, dass er – Guillaume – während seiner Tätigkeit von 1951 bis 1955 als Redakteur im Verlag *Volk und Wissen* in Ost-Berlin nachrichtendienstlich gegen die Bundesrepublik tätig gewesen sei. Er solle während dieser Zeit nach Berlin-West und in die Bundesrepublik zur Erfüllung von Aufträgen gereist sein, die ihm von östlichen Dienststellen oder von Dienststellen der DDR erteilt worden seien.« In dem scharfen Frage-und-Antwort-Spiel (der *Stern* sprach später von einer »Schockbefragung«) gab es ein beruhigendes

Moment: Von einer nachrichtendienstlichen Tätigkeit nach 1956 war nicht die Rede – offensichtlich gab es dazu keine Quellen. Deshalb bestritt ich forsch und mit allem Nachdruck, überhaupt jemals nachrichtendienstlich tätig gewesen zu sein.

Ja, es stimme, zweimal sei ich in die Bundesrepublik gereist, um mit Hilfe von Verwandten meiner Frau die Übersiedelung vorzubereiten. Aus demselben Grunde habe ich auch etwa ein halbes Jahr vor meiner Ausreise meine Tätigkeit beim Verlag *Volk und Wissen* aufgegeben und mich freiberuflich als Bildreporter betätigt. Dadurch sei es möglich gewesen, mich mit meiner Frau nach Leipzig abzumelden, tatsächlich aber zu meiner Schwiegermutter nach Frankfurt/Main zu fahren. Wenn ich mich recht erinnere, kam Horst Ehmke mehrmals auf meine Aktivitäten im FDGB zu sprechen, die ihm aus irgendeinem Grund als suspekt erschienen.

Ich antwortete ihm, dass ich schon damals in der DDR ein betontes Interesse für tarifpolitische Fragen entwickelt und dass es mir Freude gemacht habe, für die sozialen Belange der Kollegen einzutreten. Dadurch hätte ich als Parteiloser bei ihnen Vertrauen gewonnen. Und weiter: Im Interesse meines Ansehens als Gewerkschafter wäre es einfach unmöglich gewesen, mich den sogenannten Solidaritätseinsätzen in Westberlin zu entziehen. Während des ganzen Gesprächs blieb Horst Ehmke sachlich und höflich. Doch obwohl ihn manche meiner Antworten zu befriedigen schienen, verharrte er bis zum Schluss in einer skeptischen Haltung. Nach der Ankündigung, dass alle meine Angaben nochmals in sämtlichen Einzelheiten überprüft würden, entließ er mich mit der Auflage, Auskunftspersonen zu benennen, die meine Angaben bestätigen könnten, und bis zum 12. 1. 1970 eine einengende Darstellung meines Werdeganges ab 1945 vorzulegen. Ehrenberg blieb noch in Ehmkes Zimmer.“

Der Historiker Heinrich August Winkler verteilte die Schuld für die Einstellung des DDR-Agenten erfrischend gleichmäßig: „Fahrlässigkeit in der Affäre Guillaume hatten sich viele vorzuwerfen: der ehemalige Chef des Kanzleramts, Horst Ehmke, der Guillaume trotz fehlender fachlicher Voraussetzungen eingestellt hatte; sein Nachfolger Horst

Grabert, der, nachdem er von Brandt über den Verdacht gegen seinen Referenten informiert worden war, keine Sicherheitsvorkehrungen gegen Guillaume veranlasste; Nollau, der die Verdachtsmomente, die gegen Guillaume sprachen, bewusst untertrieb; Genscher, der Nollaus unverantwortliche Empfehlung, den Urlaub in Norwegen betreffend, befürwortend an den Kanzler weitergab und von sich aus nichts tat, um dem Verrat militärischer und anderer Staatsgeheimnisse vorzubeugen; Brandt selbst, der sich im Fall Guillaume von Anfang an zu leichtfertig verhielt. Im Rückblick, nach der Verhaftung Guillaumes, beurteilte der Bundeskanzler seine Rolle sehr selbstkritisch.“

Und so sah es der sehr selbstkritische Brandt im Rückblick: „Wo ist die Verantwortung festzumachen, wie der Fall G. gehandhabt wurde? Ich zweifle nicht daran, dass bei einigen der Beteiligten politisch und persönlich bedingte Böswilligkeit hineingespielt hat. Doch sie konnte erst hineinspielen, weil auf einem entscheidenden Gebiet der inneren Sicherheit Trägheit und Unfähigkeit einen folgenschweren Bund gestiftet hatten.“ Hält man aber die unterschiedlichen veröffentlichten einschlägigen Darstellungen gegeneinander, so waren weder Trägheit noch Unfähigkeit sondern eher Fleiß und Professionalität im Bunde. Vergessen wir nicht, dass wir hier von deutschen Beamten sprechen.

## **Nummer 1855/60 und Karl Wienand/SPD**

Hin und wieder ließen sich in Bonn jedoch auch Agenten sehen, die Markus Wolf tatsächlich an den Rhein geschickt hatte, um auf dem Boden des Klassenfeindes Kontakte zu knüpfen. Bonn verstand es ganz glanzvoll, sie nutzbringend auf den Spieltisch zu heben, und ihnen das Gefühl zu vermitteln, dass niemand bis auf einen einzelnen in Bonn von ihrer Anwesenheit wusste. Was konnte *Der Spiegel* über einen von ihnen herausfinden? „Alfred Völkel, Spion mit der Registriernummer 1855/60, nahm in den sechziger Jahren erstmals vorsichtig Kontakt zu Wienand auf. 1970 stellte er sich offiziell im Bundeshaus vor.“ Völkel stellte sich als Mitarbeiter des Ministerrates der DDR vor. „Der Beamte „hatte einen prallen Terminkalender – aber für einen Gesprächspartner von drüben musste Zeit sein.“ Ob Karl Wienand nun anschließend zu Herbert Wehner ging und fragte, wie er sich verhalten solle, oder ob Wehner ihn vorher bereits „verdonnert“ hatte: „Man muss reden, sonst kann man keine Politik machen“, könnte das Wienands Einstieg in die geheimdienstlichen Kontakte mit Ost-Berlin gewesen sein, die nach der jüngsten Wende ein juristisches Nachspiel hatten.

Über den weiteren Hergang bemerkte *Der Spiegel*: „Selbstverständlich hat Wehner damals Völkel vom Verfassungsschutz überprüfen lassen. Das sagt jedenfalls Wienand. Wenn die Überprüfung keine Ergebnisse brachte, kann das nur an Schlamperei gelegen haben. Es gab eine dicke Akte über Völkel.“ Eine andere Lösung war ja eigentlich nicht möglich. Kann nur an Schlamperei gelegen haben. Einmal um die Achse gedreht heißt das, Wehner hat sich rückversichert, dass er es bei diesem Alfred Völkel mit einem einschlägig bekannten DDR-Agenten zu tun hatte, und gab seinem Karl Wienand grünes Licht für den weiteren Kontakt. „Bei der Hauptverwaltung Aufklärung der Stasi wurde Wienand unter dem Decknamen »Streit« geführt. »Streit« spielte zum Beginn der SPD/FDP-Koalition in Bonn eine zentrale Rolle bei der angestrebten Geheimdiplomatie von Wehner, welche die offiziellen Verhandlungen zwischen dem innerdeutschen Minister Wehner im Rahmen der »neuen Ostpolitik« flankieren sollte. Gesprächspartner Wehners war

damals zunächst der DDR-Anwalt Wolfgang Vogel, dessen Kanzlei der Anklageschrift zufolge eine »Außenstelle des Ministeriums für Staatssicherheit« mit direktem Zugang zu dem Minister Mielke gewesen ist.“

Die Zusammenarbeit mit dem einzigen Ost-Berliner Ministerium, dessen Arbeit ich jemals wahrgenommen habe, wirkte sich auf Dr. Vogels Kontostand in Ost-Berlin positiv aus. *Der Spiegel* berichtete dem Publikum später, dass das Konto dieses Vogels um 100 000 Mark der DDR und 50 000 D-Mark pro Jahr wuchs. Damit konnte man in der DDR gut leben. Da er jedoch auch für die Elite der Deutschen in Bonn arbeitete, erhielt er von dort weitere 360 000 DM auf ein Konto in West-Berlin. Davon konnte man auch in der BRD gut leben. Aber ich will keinen Sozialneid schüren. Vogel war schließlich wichtig für die technischen Details beim erfolgreichen Zerlegen Deutschlands und Europas. Ja, und Karl Wienand „galt zumindest seit etwa 1970 als engster Vertrauter des SPD-Fraktionsvorsitzenden Herbert Wehner“. Dieser Wehner, der schon seit den späten vierziger Jahren auf geheimdienstlichen Wegen Kontakte mit Ost-Berlin hatte, formulierte: „Ich verbinde mein Schicksal mit dem von Karl Wienand.“ Das klingt natürlich hochdramatisch. Brachte Herrn Wienand ja schließlich auch vor ein Gericht. Nach 1990. *Der Spiegel* sprach es klar aus: „In der deutsch-deutschen Nachkriegszeit sind Politik und Spionage zunächst nicht voneinander zu trennen gewesen.“ So war das: „1967 macht ihn Fraktionschef Helmut Schmidt zum parlamentarischen Geschäftsführer. [...] Ohne seine Kungelkünste wären viele Projekte der sozialliberalen Koalition gescheitert.“ Und wie es auf Franz Strauß von der CSU zutraf, so galt das auch für Karl Wienand von der SPD: „Der zum rechten Parteiflügel zählende »Kanalarbeiter« galt als Mann für »heikle Fälle« und »fürs Grobe«.“

„Wie es heißt, ist der Führungsoffizier Wienands [A. Völkel] mittlerweile in Untersuchungshaft. Ihm wird vorgeworfen, als hauptamtlicher Offizier der Abteilung I [Aufklärung des Staatsapparates der BRD, insbesondere des Bundeskanzleramtes und der Ministerien sowie des Großraumes Bonn] der HVA von Ende der sechziger Jahre bis zum Dezember 1989 Informationen über die SPD beschafft zu haben.“ Und,

hatte Alexander Schalck-Golodkowski Kenntnisse über Karl Wienand? Der reagierte juristisch absolut einwandfrei: „Danach gefragt, ob er im Laufe seiner Vernehmungen durch den Bundesnachrichtendienst über Wienand gesprochen habe, sagte der frühere Offizier im besonderen Einsatz der Stasi, er könne dies nicht ausschließen.“

Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* rang um die Wahrheit: „Die Bundesanwaltschaft wirft Wienand vor, von 1970 bis 1989 aus materiellen Gründen mit der Hauptverwaltung Aufklärung des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR zusammengearbeitet zu haben. [...] Wienand behauptet, ihm sei es im Auftrag des langjährigen Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion Wehner und im Interesse der Bundesrepublik und der SPD um einen Gesprächskontakt mit der DDR gegangen.

Bei seiner Vernehmung sagte [Johannes] Rau, der seit 1982 stellvertretender Bundesvorsitzender der SPD ist, Wienand sei ein enger Vertrauter Wehners gewesen. Er habe immer angenommen, dass Wienand in die Ost-Kontakte Wehners eingebunden gewesen sei. Er habe aber nie mit Wehner über diese Frage gesprochen, sagte Rau. Auf anderen Wegen habe er nichts über Aufträge an Wienand erfahren, mit der DDR Verbindungen zu pflegen. Ein ehemaliger Bonner Ministerialbeamter hatte Anfang dieses Monats ausgesagt, Wehner habe Wienand mit Kontaktaufnahmen zur DDR jenseits offizieller Kanäle beauftragt. Auch nach seinem Ausscheiden aus dem Bundestag im Jahr 1974 habe Wienand diese Gespräche im Auftrag der Bundesregierung fortgeführt. Der ehemalige Bundeskanzler Schmidt hatte als Zeuge dem 4. Strafsenat berichtet, über Kontakte Wienands zur DDR wisse er nichts. Er hält es für durchaus möglich, dass Wienand mit Wissen Wehners sich vertraulich mit DDR-Vertretern getroffen habe, aber er habe keine Kenntnisse darüber.“ Sehen Sie. Aber es gab Kanäle vorbei an Brandt.

Es blieb jedoch nicht bei den Vorwürfen bezüglich denkbarer Kontakte mit unserer Stasi: „Dabei ging es auch um die Rolle des langjährigen Parlamentarischen Geschäftsführers der SPD-Bundestagsfraktion Karl Wienand. In einem handschriftlichen Vermerk, datiert auf den 18. Juni 1992, hielt Brandt fest, Falin habe ihm mitgeteilt, von dem Jahre 1975

an sei »Karl W. eine Verpflichtung gegenüber dem dortigen Dienst eingegangen«. 1992 wollte es der Eisbär Willy Brandt dann wissen. War Wienand KGB-Offizier oder war er es nicht? „Brandt hat bald darauf einen hohen Mandatsträger der SPD gebeten, diese Information dem Bundesnachrichtendienst zukommen zu lassen, damit dieser das Nötige veranlasse. Ihm sei später jedoch mitgeteilt worden, der BND wolle in dieser Angelegenheit nichts unternehmen.“

Im altbekannten Schnodderton geiferte *Der Spiegel* dann auch über die Nachforschungen von Frau Brigitte Seebacher-Brandt: „Mit derselben geradlinigen Hochnäsigkeit rechtfertigt sie ihre Offensive zur publizistischen Hinrichtung Wehners und dessen Adlatus Wienand. Es sei schon lange fällig gewesen, dass »der Heiligenschein Herbert Wehners abgetragen« werde, und den Zeitpunkt habe nicht sie bestimmt. [...] Anschließend sei sie mit einer Anfrage der *Bild*-Zeitung konfrontiert worden, ob Walentin Falin, der ehemalige Botschafter der UdSSR in Bonn, ihrem Mann auf dem Sterbebett von Wienands KGB-Tätigkeit erzählt habe. Das Sterbebett sei »Quatsch«, aber sonst stimme die Geschichte.“

„Ungerührt von allen Dementis blieb die unerbittliche Verwalterin des Brandtschen Erbes auch bei ihrer zweiten Geschichte. Am 31. März 1992, als Willy Brandt noch in guter Form gewesen sei (zwei Monate später wurde sein inoperabler Krebs entdeckt, sieben Monate später war er tot), habe Falin die Wienand-Verbindung offenbart. Ihre genaue Erinnerung hänge damit zusammen, dass an jenem Tag auf dem Bonner Venusberg ein Empfang anlässlich des 70. Geburtstages von Egon Bahr stattgefunden habe. Dort habe Falin um einen Termin gebeten und Brandt dann am Nachmittag in dessen Büro im Bundeshaus aufgesucht. Abends sei Brandt nach Hause gekommen und habe überlegt, was er mit der brisanten Information anfangen solle. Sie hätten gemeinsam Möglichkeiten und Namen durchgespielt; schließlich habe Brandt beschlossen, den zuverlässigen Vogel zu beauftragen, die Angelegenheit dem Chef des Bundesnachrichtendienstes, dem Sozialdemokraten Konrad Porzner, vorzutragen. So sei es geschehen. Dann, be-

hauptet die Witwe Brandt, sei Merkwürdiges passiert. Vogel sei nach einiger Zeit gekommen und habe gesagt: »Die machen nichts«. Willy Brandt sei mittlerweile derart krank gewesen, dass er die Sache nicht weiter habe betreiben können. Mithin gibt es mindestens zwei lebende Zeugen für die brisanten Anekdoten der Brigitte Brandt: Falin und Vogel. Falin dementierte in Etappen. [...] Hans-Jochen Vogel, der sich nach den Anschuldigungen der Brandt-Witwe in Zeitungsbeiträgen für die Ehrenrettung Wehners stark macht, reagiert vergangene Woche auf die Behauptungen der Witwe zugeknöpft: Er wolle nichts zu seinen »Vier-Augen-Gesprächen« mit Brandt aus jener Zeit sagen. »Diese Darstellung«, der Witwe im Fall Falin/Wienand/Porzner, so ist ihm lediglich zu entlocken, »ist irrig«. Die Hartleibigkeit der Witwe hat die Wut in der SPD-Führung inzwischen zum Sieden gebracht. Verheugen war wild entschlossen, mit einstweiligen Verfügungen gegen Brigitte Brandt vorzugehen, ehe ihn besonnene Gemüter in der SPD stoppten.“

„Bonn. Das Landgericht beschäftigt sich heute mit den KGB-Vorwürfen gegen den früheren SPD-Politiker Wienand. Der ehemalige Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion hat die Brandtwitwe Seebacher-Brandt auf Unterlassung ihrer Spionagebehauptungen verklagt. Kann Brigitte Seebacher-Brandt nicht beweisen, dass Wienand KGB-Mann war, darf sie diesen Verdacht nicht mehr äußern. Tut sie es doch, droht ihr eine Geldstrafe von bis zu 500 000 Mark. Wienand spricht von Falschinformationen der Brandtwitwe. Er will eine eidesstattliche Erklärung des ehemaligen Sowjet-Botschafters in Bonn Falin vorlegen. Darin versichert der, er habe Willy Brandt darüber informiert, dass Wienand kein KGB-Agent war.

Der Streit begann vor einem Vierteljahr, als Brigitte Seebacher-Brandt den Verdacht äußerte, SPD-Fraktionschef Wehner und Fraktionsgeschäftsführer Wienand hätten 1974 den Sturz von Willy Brandt betrieben. Die Brandtwitwe verwies auf Notizen ihres verstorbenen Mannes. Als sie in einer Tageszeitung veröffentlicht wurden, kamen Historiker zu den Schluss: nichts Neues über den Sturz Brandts.“ Profi-Historiker. Das hat mich nicht davon abgehalten, einen Blick in diese Notizen zu werfen. Neu war das, was da stand, natürlich nur für das Publikum.



## Glücklicherweise Moskau

Über den Vorlauf zum Moskauer Vertrag hat sich gewiss nicht nur ein Fachmann geäußert; keiner entwickelte dabei jedoch die Meisterschaft eines Arnulf Baring. Sorgfältig bastelte er am Zerrbild von einer wenig Vertrauen erweckenden Sowjetunion. Ist böse, bleibt böse. Über die Entsendung eines neuen Botschafters der BRD nach Moskau 1968 und den von Brandt angeschobenen Beginn der Gespräche 1970 fabulierte er: „Allardt war im Mai 1968 »ohne viel Enthusiasmus und ohne rechte Überzeugung« als Botschafter der Bundesrepublik in die Sowjetunion gegangen. Wohl jeder hätte an seiner Stelle daran gezweifelt, ob er eigentlich der rechte Mann für diesen Posten sei. Rätselhaft, warum man dennoch gerade auf ihn verfiel. Angesichts der überragenden Bedeutung, die Brandt schon damals der Ostpolitik einräumte, ist wirklich erstaunlich, dass der damalige Außenminister einen Mann nach Moskau entsandte, dessen ostpolitische Auffassung er gar nicht kannte.“ Georg Ferdinand Duckwitz, dessen Auffassung Brandt kannte, wurde jedoch flink unschädlich gemacht; aber zurück zum Fachmann Baring: „Das lag auf deutscher Seite daran, dass Allardts Konzept mit dem des Bundeskanzleramtes nicht übereinstimmte. Angesichts der winterlich rauen Eröffnungen, mit denen Gromyko begonnen hatte, plädierte der Botschafter, als er Anfang Januar 1970 in Bonn Bericht erstattete, für eine gleichartige Reaktion von deutscher Seite.“ Ja, und zwanzig Seiten später geht es wieder um den Januar 1970, doch nun schreibt Baring nichts mehr von vermeintlich winterlich rauen Eröffnungen. Er sucht nunmehr eine Erklärung dafür, warum unter Brandt und Bahr plötzlich Bewegung in das unterkühlte Verhältnis zwischen Bonn und Moskau kam: „Die SPD/FDP-Koalition war entschlossen, ihren Anfangsschwung zu nutzen. Glücklicherweise fiel er mit einer Phase neuer Aufgeschlossenheit der Sowjets zusammen. Keiner wusste, wie lange dieser hoffnungsvolle Abschnitt dauern würde. Wo die Vorgänger frühere Gelegenheiten aus kleineuropäischer Voreingenommenheit bewusst verpatzt oder durch Dösen und Trödeln ungevolnt verpasst hatten, wollten die Sozialliberalen ihre Chance rasch nutzen.“ Wie war denn nun das Verhalten der Russen?

Woher wusste der populäre Politologe Arnulf Baring eigentlich, dass Brandts Vorgänger frühere Gelegenheiten bewusst verpatzt hatten? Hätte man ob dieser böswilligen Spekulation nicht tatsächlich eine wütende Unterlassungsklage gegen den Herrn Baring und seine bonnfeindlichen Schriften anstrengen müssen? In den Darstellungen der früheren Moskauer Bemühungen hieß es immer, Bonn habe dahinter den Versuch Moskaus gewittert, Einfluss auf die staatliche Ordnung der Bundesrepublik zu gewinnen. Hammer und Sichel für Düsseldorf. Von dem heldenhaften Widerstand des Bonner Botschafters gegen ein Ende der Adenauerschen Außenpolitik kündeten diese Worte: „Die Bundesrepublik solle jetzt aus ihrer »höflichen Reserve heraustreten« und ihre Maximalforderungen auf den Tisch legen: keine Anerkennung der DDR, keine Anerkennung der osteuropäischen Grenzen, allgemeine Weigerung Bonns, mit der Sowjetunion bilateral Abmachungen über die Angelegenheiten Osteuropas zu treffen. Besorgt gab Brandt zu bedenken, ob man mit der Äußerung solcher Ansichten nicht die gerade geöffnete Tür gleich wieder zuschlage. Es war Allardt offenbar selber klar, was sein Vorschlag für den jungen deutsch-sowjetischen Dialog bedeuten musste: den jähen Tod. Folgerichtig votierte er intern gegen eine Fortsetzung der Gespräche mit Gromyko: Sie seien im Augenblick aussichtslos.“ Vielleicht war dem Botschafter entgangen, dass die Anerkennung der DDR und die Aufgabe der Hallstein-Doktrin gegenüber den osteuropäischen Staaten seit mehreren Jahren in der Diskussion waren. Vielleicht hat er sich ja auch nicht besonders für Politik interessiert? Wenn Herrn Allardts Votum *folgerichtig* war, dann dienten seine Vorschläge übrigens dem Abwürgen dieser Gespräche. Dieser Mann wusste präzise, was er in dem guten alten Moskau wollte. Im darauffolgenden Satz bringt Baring nun Brandt und Scheel auf dieselbe Seite und suggeriert so eine gemeinsame Frontstellung gegen den Botschafter: „Allardt einerseits, Brandt und Scheel andererseits müssen sich in jenen Januartagen 1970 gegenseitig mit bekümmertem Ratlosigkeit betrachtet haben. Der Botschafter sah sich aus den maßgeblichen Überlegungen der Zentrale ausgeschaltet. Seine Gespräche mit Gromyko – schrieb später, im Rückblick, Brandt – »ließen nicht erkennen, wie man vorankommen könnte.«“ Schade auch.

## Die Wochen des Egon Bahr

Und anschließend bemühte sich Baring, den Bogen zu der Entsendung Egon Bahrs hinzukriegen, die binnen äußerst kurzer Zeit plötzlich Verhandlungsergebnisse zeitigte: „Auch gelassenerer, politisch weniger unmittelbar engagierte Gesprächspartner Allardts fragten sich damals, ob er wohl die Absichten Gromykos richtig interpretiere. Das war zweifelhaft. Man musste sich sagen, dass der sowjetische Außenminister kaum dreimal hintereinander mit dem Bonner Botschafter zusammengetroffen wäre, wenn er den neuen Anlauf gleich wieder versanden lassen wollte.“ So winterlich rau war Andrej Gromyko dann also doch nicht aufgetreten. Und weiter Baring: „Wenn man sich in Bonn umsah, wurde bald deutlich, dass für diese Mission eigentlich nur ein einziger Mann in Betracht kam: Egon Bahr.“

Was hatte ihn prädestiniert? „Seit einem knappen Vierteljahrhundert hatte sich Bahr vorrangig mit Deutschlands Verhältnis zum Osten beschäftigt. Zunächst in verschiedenen journalistischen Positionen. Dann, ab 1960, als Leiter des Senatspresse- und Informationsamtes in West-Berlin, in enger, persönlicher Nähe zu Willy Brandt. Zwischen 1967 und 1969 (weiter in Brandts Nähe, der jetzt Außenminister war) als Ministerialdirektor im AA und Chef des dortigen Planungsstabes während der Großen Koalition. Seither als Staatssekretär im Bundeskanzleramt. Aber für Bahr war die Ost- und Deutschlandpolitik nicht nur seit langem das Feld unaufhörlichen beruflichen Nachdenkens. Sie war seine Lebensaufgabe, sein Hobby, eine Leidenschaft. Dieser Wahlberliner aus Thüringen, vielleicht gerade wegen einer jüdischen Großmutter ein altmodischer, unerschütterlicher Patriot, hielt es immer für ganz selbstverständlich, dass es eines Tages wieder zu einem einigen, kraftvollen Deutschland komme. Er sei »eigentlich ein Nationalist«, sagte er, untertreibend, im Herbst 1967 zu Guttenberg. Ganz zu Unrecht halte man ihn in der Union für unzuverlässig in Fragen der Wiedervereinigung: »Sie und Ihre Parteifreunde schätzen mich falsch ein.«“ Dann wird es auch niemanden verwundern, dass Egon Bahr 1974 nur wenige Tage nach Willy Brandt seine gehobene Stellung in Bonn

einbüßte, wenn er „eigentlich ein Nationalist“ war, was Arnulf Baring zu allem Überflus auch noch als eine Untertreibung bezeichnete. Sie erinnern sich aber daran, wie sich Baring über Guttenberg geäußert hatte? Wehner „hatte hinzugefügt, auch die Union werde »zu einem großen Teil heute von ganz entsprechenden Überlegungen, wenn auch nicht in derselben Deutlichkeit, bewegt, aber doch auch bewegt«. Das traf an der Spitze sicher zu. Beispielsweise waren Kiesinger und seine beiden Staatssekretäre Carstens und Guttenberg in jener Zeit insgeheim von der Notwendigkeit eines neuen deutschlandpolitischen Anlaufs ähnlich überzeugt wie Wehner – von Brandt ganz zu schweigen. Aber bei den Hintersassen haperte es.“ Von Brandt ganz zu schweigen.

Der Chefaufklärer der DDR, Markus Wolf, grübelte in der Zwischenzeit weiter erfolglos über Herbert Wehner und dessen vielfältige Kontakte zu sonderbarsten Leuten: „Die politischen Aktivitäten des mächtigsten Mannes in der SPD blieben weiter undurchsichtig. Über unseren Kontaktmann Hansch deutete er Unterstützung von DDR-Positionen an. Wir wussten über unsere Quellen, dass er gleichzeitig insgeheim mit Politikern paktierte, die wir zu den »reaktionärsten Kreisen des westdeutschen Revanchismus« zählten, etwa mit dem erzkonservativen CSU-Ideologen Baron Guttenberg.“ Und da war Herr von Guttenberg wieder. Barings *Machtwechsel*, dessen erste Auflage schon im März 1982 erschien, hat Unser Wolf ganz offensichtlich auch nicht studiert. Hätte man wenigstens ab 1982 in Ost-Berlin verstanden, worauf die Bonner Außenpolitik hinauslief, hätte man das viele Geld, das man bisher in die innere und in die äußere Verteidigung gesteckt hatte, vernünftig investieren können. 1982 hätten die Leute Reformen noch begrüßt. *Der Spiegel* schmunzelte später bitter ob der in Ost-Berlin leider nicht hinreichend verstandenen merkwürdigen Zusammenhänge in Bonn: „Es muss eine ganze Weile gedauert haben, bis Wehner schließlich von der Ostpolitik überzeugt war. In der Zwischenzeit kam es, so berichtet der MfS-Offizier, zu merkwürdigen Sympathie-Kombinationen.“

„Wie Bahr sich selbst, sah ihn auch Henry Kissinger in seinen *Memoiren*: »Bahr gehörte zwar zur Linken, aber ich hielt ihn jedoch vor allem

für einen deutschen Nationalisten, der Deutschlands zentrale Lage ausnutzen wollte, um mit beiden Seiten zu feilschen. Er gehörte zu den Leuten, die immer geglaubt hatten, Deutschland könne seiner nationalen Bestimmung nur gerecht werden, wenn es freundschaftliche Beziehungen zum Osten unterhielt oder wenigstens keine Feindschaft aufkommen ließ.« Für Bahr wiesen Verstand und Gefühl in die gleiche Richtung; man fand bei ihm einen emotionalen neben einem rationalen Nationalismus. Beide verstärkten sich gegenseitig. Präzise und zugleich tagträumerisch analysierte er Sachzwänge, die eine Ost-West-Annäherung in Europa und damit in Deutschland, beispielsweise wirtschaftliche Verbundsysteme, angeblich unvermeidbar machten. Man kann fragen, ob sich Bahr beim Spielmaterial seines Planungsstabes mehr von nüchternen Befunden bewegen oder von beschwingten Hoffnungen beflügeln ließ. Immer wieder hat Bahr beschrieben, wie er sich den Prozess einer europäischen Entspannung, Normalisierung, Zusammenarbeit dachte. Er sah die Annäherung in drei oder vier Phasen. Beginnen sollte es mit Gewaltverzichtsvereinbarungen und vollen diplomatischen Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten sowie einem geregelten Verhältnis zur DDR. Die gedanklichen Vorarbeiten für diese erste Stufe – das Programm dessen, was die Koalition seit Oktober 1969 versuchte – aus den Jahren 1967/68 lagen im Planungsstab des AA im Herbst 1968 fertig vor. Auf einer zweiten Stufe sollte die logische Konsequenz der ersten kommen: mitteleuropäische Truppenreduzierungen auf beiden Seiten. Hier wurden die entsprechenden Konzepte im Planungsstab entwickelt, allerdings bis heute [1982] nicht in die Tat umgesetzt“, wusste Baring und lästerte weiter: „Auf einer dritten Stufe sah Bahr eine europäische Friedensordnung wachsen, die eine deutsche Wiedervereinigung mit sich brachte. Teils eingebettet, teils eingebunden in einen gesamteuropäischen Ausgleich war ein einiges Deutschland vorstellbar. In seiner Phantasie zugleich diszipliniert und ausschweifend, war Bahr seit Jahr und Tag der visionäre Vorausdenker und listenreiche Planer einer weiträumigen, facettenreichen Ostpolitik. Von ihr versprach er sich brauchbare Instrumente, dem Ziel nationaler Einheit im Laufe der Zeit näherzukommen.

War er doch seit den fünfziger Jahren überzeugt, es sei ein geschichtlicher Fehler Adenauers, Chancen einer Einigung Deutschlands, die es nach Bahrs Auffassung mehrfach gab, versäumt zu haben. Ohnehin misstrauisch, argwöhnte Bahr, Adenauers in sich stimmiges Westeuropa-Konzept habe die Einheit unseres Landes nicht vorgesehen. Mit solchen Gedanken und Gefühlen erwies sich Bahr als Kopf und Herz der neuen, sozialliberalen Ostpolitik. [...]

Die Vorstellung und der Wille, die historische Chance einer Wiedervereinigung unbedingt offenzuhalten, verließen Bahr nie. Insofern war er wirklich der Mann der Stunde. Wenn es damals in Bonn jemanden gab, der mit den Russen unbedingt zurande kommen wollte und in einer für sie plausiblen Mischung von Intelligenz und Engagement, von rationalem Kalkül und emotionalem Motiv mit ihnen auch zurande kommen konnte, dann er. Nein, es gab in jenem Augenblick keinen anderen, keinen Besseren als Egon Bahr.“ Und Bahr wurde tatsächlich kurz nach Moskau geschickt. „Was Brandt befürchtet hatte, blieb aus: Scheel hatte an der Entsendung Bahrs überhaupt nichts auszusetzen. Im Gegenteil. Er fand diesen Personalvorschlag so naheliegend und einleuchtend, dass er sich sofort bereiterklärte, ihn öffentlich als eigenen auszugeben und zu rechtfertigen. Bei diesem Entschluss spielte natürlich eine Rolle, dass Scheel seinen Einfluss, einen eigenen materiellen und personellen Anteil am außenpolitischen Entscheidungsprozess, unter Beweis stellen musste. Scheel sei es (hieß es von nun an), der angeregt habe, Herrn Bahr nach Moskau reisen zu lassen.

Schließlich war er kein Unbekannter für ihn. Scheel kannte Bahr gut aus den fünfziger Jahren, als beide Männer wochenlang gemeinsam durch Afrika gereist waren. Seither schätzte er diesen komplizierten Menschen als einen klugen, zurückhaltenden Gesprächspartner, hatte diesen damaligen Eindruck immer wieder bestätigt gefunden.

Am 27. Januar gab die Bundesregierung bekannt, Bahr solle nunmehr in Moskau festzustellen versuchen, ob in den deutsch-sowjetischen Gesprächen ein Übergang von der bisherigen exploratorischen Phase zu konkreten Verhandlungen möglich sei.“ Walter Scheel musste auch gar nichts aussetzen an der Entsendung Bahrs. Nachdem Bahr seinen Willen hatte, würde Scheel selbst fahren und in Moskau nachjustieren.

## Die Bombe wird in Position gebracht

Die Entsendung des *Enfant terrible* nach Moskau wurde nun schamlos ausgenutzt. Staatssekretär Egon Bahr hatte in einem Vermerk am 30. Dezember 1969 vor der Einstellung von Günter Guillaume wegen des von ihm ausgehenden Sicherheitsrisikos gewarnt. Am 27. Januar gab man bekannt, Bahr werde nach Moskau geschickt, und am 28. Januar 1970 traf er dort ein. „Am gleichen 28. Januar 1970 wurde Guillaume durch Arbeitsvertrag rückwirkend ab 1. Januar im Bundeskanzleramt angestellt.“

Dass man die Informationen des bunten Magazins *Der Spiegel* nur mit äußerst großer Zurückhaltung lesen darf, wurde auch im Nachruf auf „Markus »Mischa« Wolf“ deutlich. Dort suggerierte dieses Blatt seiner geschätzten Leserschaft: „1972 trug er [Markus Wolf] zur Rettung der sozialliberalen Koalition Willy Brandts bei, als er beim gescheiterten Misstrauensvotum die Stimme des CDU-Abgeordneten Julius Steiner kaufte – um dem Bonner Kanzler dann allerdings den Spion Günter Guillaume ins Nest zu setzen. Der trieb Brandt zwei Jahre später in den Rücktritt. Westdeutsche Geheimdienstexperten rühmten den Kollegen aus der DDR, er gehe »mit der Präzision eines Schachspielers« zu Werke.“ So ähnlich wird es gewesen sein. Ich darf sicherlich davon ausgehen, dass der Schreiberling beim *Spiegel* natürlich wusste, dass 007 Guillaume schon 1970 in Bonn angestellt worden war. Wie sollen denn *Spiegel*-Leser mehr wissen, wenn schon die Redakteure nicht so richtig Bescheid wissen? Oder lügen.

Bemerkenswert ist auch, dass sich sowohl der Agent G. als auch sein Agentenführer Wolf in Spekulationen darüber ergingen, wann denn die Geheimdienste der BRD wohl bemerkt hätten, dass es sich bei G. mit der großen dunklen Brille um einen Spion gehandelt habe. Aber weder bei 007 G. noch bei Wolf findet sich auch nur der Ansatz einer Vermutung darüber, dass G. vielleicht wegen seiner Spionagetätigkeit in Bonn angestellt worden sein könnte. Beide hätten den Gedanken ja

mit irgendeiner Begründung auch verwerfen können. Aber selbst die Überlegung fehlt.

„Die Nachricht von Bahrs Kommen hatte in der Deutschen Botschaft in Moskau wie eine Granate eingeschlagen“, meint Baring. „Allardt blieb zwar ein Anhänger des Ausgleichs mit der Sowjetunion und damit grundsätzlich auf der Linie der sozialliberalen Koalition. Aber er äußerte intern große Bedenken gegen das eingeschlagene Verfahren. Scharf kritisierte er in den Kulissen Bahrs Verhandlungsführung – ohne angeben zu können, was man konkret hätte anders machen sollen.“ Botschafter Allardts Strategie deckt sich mit der Argumentation von Oppositionsführer Rainer Barzel (CDU): „Kein kategorisches Nein also zur Brandtschen Ostpolitik, sondern das bekannte Barzelsche *So nicht*, das seine alternative Ostpolitik seit Monaten kennzeichnete.“ Wie darf ich es andererseits verstehen, dass Allardt grundsätzlich auf der Linie blieb, wenn derselbe Autor zuvor herausgearbeitet hat, dass „Allardts Konzept mit dem des Bundeskanzleramtes nicht übereinstimmte“? Die Formulierung, die in Botschafter Allardt plötzlich einen Anhänger des Ausgleichs mit der Sowjetunion sieht, will mir ebenso wenig einleuchten. Der populäre Baring hatte zuvor geschrieben: „Es war Allardt offenbar selber klar, was sein Vorschlag für den jungen deutsch-sowjetischen Dialog bedeuten musste: den jähen Tod.“

*Der Spiegel* informierte sein Publikum nach der jüngsten Wende über die Vorgänge jenes Jahres 1970 so: „Bundeskanzler Brandt und sein Außenminister Walter Scheel forcierten ihre Bemühungen. Als sich der Bonner Botschafter in Moskau, Helmut Allardt, bei den Verhandlungen zu zögerlich verhielt, übertrugen sie im Januar 1970 Egon Bahr die Gesprächsleitung. Der konnte schon vier Monate später die Grundzüge für ein Abkommen aus Moskau mitbringen.“

„Der französische Botschafter in der sowjetischen Hauptstadt, Roger Seydoux de Clausonne, sagte damals zu Bahr: »Es ist völlig gleichgültig, ob Sie hier zu einem positiven Ergebnis kommen oder nicht. Die Tatsache allein, dass die Bundesrepublik Deutschland zum ersten Male nach



dem Kriege, zum ersten Male seit ihrem Bestehen, bewiesen hat, dass sie selbstständig mit der Sowjetunion zu reden imstande ist, hat die politische Landschaft in Europa verändert.« [...] Selbst wenn es so war, wie Seydoux sagte, wollte Bahr doch lieber seine Ernte rasch in die Scheuer fahren. Schließlich brauchte die Regierung dringend Erfolge, positive Ergebnisse ihrer Politik, um sie stolz öffentlich vorzuweisen. Ihr stand 1970 ein halbes Dutzend Landtagswahlen bevor, die die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat folgenschwer verändern konnten. Im Bundestag sah es nicht rosiger aus. Hier hatte man an sich vier Jahre Zeit; bis spätestens 1973 musste die Neue Ostpolitik also parlamentarisch abgewickelt sein, das neue Ostwerk stehen. An sich. Denn angesichts der schwachen Mehrheit im Bundestag musste die Koalition immer mit einem vorzeitigen Ende der Legislaturperiode rechnen. Es brauchten nur einige Abgeordnete der FDP, die (wie man wusste) die neue Außenpolitik ablehnten, ins Lager der Union überzuwechseln – und alles war aus. Es gab also auch aus innerpolitischen Gründen erheblichen, zusätzlichen Zeitdruck, der den außenpolitischen ergänzte. Anders sah das Helmut Schmidt, auch Georg Leber, die sich beide ostpolitisch sehr viel Zeit lassen wollten. Noch im Rückblick sagt Schmidt nicht ohne skeptischen Unterton, ein geradezu »atemberaubender Drive« habe Bahrs Moskauer Verhandlungsführung gekennzeichnet.“ *Motor kontra Bremse*. Warum hatten einige mehr Zeit?

Die alte Elite in Bonn am Rhein war offenbar nicht erbaut, denn mit Bahr hatte das gegnerische Lager jetzt einen weiteren Eingeweihten mit Einfluss. „Nur einige Eingeweihte wussten daher, was Bahr eigentlich wollte und tat. Nur im engsten Koalitionskreis berichtete er bei seinen Bonn-Aufenthalten. Die Arbeitsebene des Auswärtigen Amtes, erst recht die anderer Ministerien, blieb ausgeschaltet. Natürlich verdross das, wobei das AA, aus begreiflichen Gründen, an der Spitze der Missvergnügten marschierte. Die Angehörigen des Amtes hatten zwar immer Bahrs Intelligenz respektiert, aber diesen Außenseiter nie als einen der Ihren akzeptiert. [...] Wegen seiner starken Stellung beim Kanzler konnte er härter, verschwiegener, brüsker sein als jeder andere Unterhändler gegenüber den Bonner Apparaten. Wochenlang

ließ er alle Welt, vom innersten Kreis abgesehen, im Dunkeln tappen. Kaum jemand kannte wirklich den Stand der Dinge.“

„Das hatte beispielsweise für das Verhältnis zwischen Bonn und Ost-Berlin wichtige Folgen. Bahr machte Gromyko klar, dass eine völkerrechtliche Anerkennung, wie die Sowjetunion sie sich für ihre DDR wünsche, demnach ganz ausgeschlossen sei, von einer Anerkennung vor dem deutsch-sowjetischen Vertrag überhaupt nicht zu reden. Eine solche Anerkennung würde übrigens zwangsläufig, wie Bahr seinen Gesprächspartner listig belehrte, auch sowjetische Rechte in Deutschland aufheben. Gromyko staunte. So hatte er die Sache bisher nicht gesehen! Aber aus dem, was er da von diesem scharfsinnigen westdeutschen Staatssekretär lernte, zog er sofort seine Konsequenzen: Seit Februar 1970 ließ die Sowjetunion deutlich ein geschärftes Bewusstsein ihrer besatzungsrechtlichen Restbefugnisse in Deutschland erkennen.“

Vom Außenminister der Sowjetunion, Andrej Gromyko, war zu hören: „Die dritte Frage, in der wir Ihnen entgegengekommen sind, ist die Wiedervereinigung Deutschlands als zukünftige Perspektive. Ihre Position ist klar, die unsere auch. Auch wir haben unsere Vorstellung, wie die künftige deutsche Einheit beschaffen sein soll. Wir könnten einen Vertrag machen, der das Kreuz über alle Pläne zur Wiedervereinigung Deutschlands setzen würde. Dann stünde jede Äußerung über die Wiedervereinigung im Gegensatz zum Vertrag . . .

Jetzt etwas, um Ihre Bedenken zu zerstreuen. Wenn zwei Staaten freiwillig ihre Vereinigung beschließen oder Grenzen korrigieren, wie wir das selbst mit Norwegen, Afghanistan und Polen, dort sogar mehrmals, gemacht haben, oder wenn die Staaten zum Beispiel ihre gemeinsamen Grenzen aufgeben und sich vereinigen wollen – wie Syrien und Ägypten –, so wäre uns nicht eingefallen, hier zu kritisieren. Denn dies ist Ausdruck der Souveränität und gehört zu den unveräußerlichen Rechten der Staaten und Völker. Wer hier Fragen stellt, sieht Probleme, wo keine sind.“

„Nicht nur die russischen Anstöße klangen zu jener Zeit vielversprechend, wenn sie die Bundesrepublik ermunterten, zum Zwecke einer Zusammenarbeit endlich auf eigenen Füßen zu stehen und eine beherzte, für beide Seiten vorteilhafte Politik zu treiben“, schrieb Baring und offenbarte: „Auch die Westdeutschen machten kühne Avancen. Um überhaupt ins Gespräch zu kommen, bemühte man [Wer? Bahr? Brandt?] sich damals, Moskau weite Erwartungshorizonte vorzuzaubern. Man malte den Russen beispielsweise diskret ein Europa ohne Blöcke, ein Deutschland ohne Wiedervereinigungswünsche an die Wand.“ Besonders an solchen Stellen in seinem dicken Buch habe ich mich gefragt, ob Brandt Barings *Machtwechsel - Die Ära Brandt/Scheel* mal in Ruhe gelesen hat. Schade, dass ich damals sowas in der DDR nicht in die Finger bekam. Und Markus Wolf las ja lieber Hemingway. Aber Schmidt war 1969 in Moskau und erinnerte sich später, er habe im Gespräch mit Außenminister Gromyko „praktisch die spätere Ostpolitik der Regierung Brandt/Scheel skizziert, ohne zu wissen, ob es je eine solche Regierung geben würde“.

„Das um Liberalität bemühte Selbstverständnis der Koalition Brandt-Scheel trug in den Augen ihrer Gegner nicht eben dazu bei, das Zutrauen in die Standfestigkeit der Freien Demokraten und Sozialdemokraten im Umgang, in der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus zu stärken. Man hielt diese Koalition auf Seiten der Opposition eher für schwach, für allzu nachgiebig, für schlapp im Innern und nach außen. Zumal der interne Zustand der SPD schien wenig geeignet, diesen Eindruck zu widerlegen. In dem Maße, in dem die sozialdemokratische Mitgliedschaft in Bewegung geriet, sah sich ihre Führungsgruppe erneut alten Verdächtigungen und Anfeindungen ausgesetzt. Hatte Willy Brandt nicht schon einmal Deutschland den Rücken gekehrt und sogar eine fremde Staatsangehörigkeit angenommen? Hatte Herbert Wehner, dieser Alt-Kommunist, wie jeder wusste, nicht während der dreißiger Jahre in Moskau für die Komintern gearbeitet? Das klang geheimnisvoll, ja hörte sich bedrohlich an, weil sich kaum jemand noch präzise vorstellen konnte, was für eine Bewandnis es in Wirklichkeit mit dieser Tätigkeit gehabt haben mochte.

Und jetzt hatte Egon Bahr, wiederum in Moskau, monatelang hinter verschlossenen Türen mit dem sowjetischen Außenminister konferiert, wobei nicht einmal das Auswärtige Amt in Bonn, wie man hörte, genau erfahren hatte, was zwischen den beiden besprochen worden war. Dieser hintergründige, mit allen Wassern gewaschene Bahr zog damals noch stärker als die beiden anderen Argwohn auf sich. In der Union hielt man ihn durchweg für einen roten Fuchs, der so geschickt war, dass man ihm nicht auf die Schliche kommen, ihn nicht stellen konnte.

Das Misstrauen gegen seine Motive war geradezu phantastisch. Kaum einer unter seinen Gegnern wollte die Parallelen zum vergleichbar brillanten Kissinger gelten lassen, der im Umgang mit Kommunisten, ja allgemein in seiner Politik eine ähnliche Neigung zu diskreten Missionen, geheimen Kontakten, persönlichen Kanälen und taktischen Tricks besaß wie Bahr, ohne dass man ihn je als verkappten Parteigänger der anderen Seite verdächtigt hätte.“ Das war die Version für die Leute auf der Straße. Es verwundert mich jedoch nicht, dass das eingeweihte Volk in Bonn am Rhein versuchte, Egon Bahr und Willy Brandt in ein graues Schimmerlicht zu stellen. Timothy Garton Ash, der lange in West- und in Ost-Berlin gelebt hatte, notierte unter anderem diese Beobachtung: „Niemand sprach bewegender von »den Menschen« als Willy Brandt. Seinen ersten Bericht zur Lage der Nation, im Januar 1970, schloss er mit einer Antwort auf die Anschuldigung, seine Regierung sei bereit, im Vorhinein für unsichere Konzessionen des Ostens zu bezahlen. »Es hat in der Bundesrepublik eine Zeit gegeben, in der beachtliche deutsche Vorleistungen nach Westen als Ausweis besonderer staatsmännischer Klugheit und Weitsicht galten.« Damit verwies er natürlich auf Adenauers Westverträge.“ Damals sagte Bundeskanzler Brandt wörtlich: „Was die Väter verloren haben, das werden wir durch keine noch so schöne Rhetorik und durch keine noch so geschliffene Juristerei zurückgewinnen.“ Und im Februar 1970 schrieb Brandt dem Ministerpräsidenten der DDR, Willi Stoph: „Es scheint mir an der Zeit, den Versuch zu unternehmen, das Trennende zurückzustellen und das Verbindende zu suchen“

## Die Treffen von Erfurt und Kassel

Für das Frühjahr 1970 wurde nun ein erster deutsch-deutscher Gipfel geplant. Günter Guillaume konnte da schon mitreden: „Im Kanzleramt waren wir über die Geplänkel informiert, die dem geplanten Treffen der beiden deutschen Regierungschefs vorangingen. Mitte Dezember 1969 hatte Walter Ulbricht als Vorsitzender des Staatsrates der DDR dem Bundespräsidenten der BRD Gustav Heinemann einen Vertragsentwurf geschickt, der die Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten zum Inhalt hatte. In einem Schreiben an den Vorsitzenden des Ministerrats Willi Stoph reagierte Brandt darauf ausweichend. Unter Anerkennung des Grundsatzes der Nichtdiskriminierung sprach er sich nur für einen breit angelegten Meinungs austausch aus und betonte sein besonderes Interesse an Regelungen, die »das Leben der Menschen im gespaltenen Deutschland erleichtern können«. Stoph reagierte sofort in einem Antwortschreiben: Warum werde Ulbrichts Vorschlag nicht aufgegriffen, nicht mit einem Wort darauf eingegangen? Wenn der von Brandt betonte Grundsatz der Nichtdiskriminierung und Gleichberechtigung einen Sinn erhalten solle, dann erfordere er »selbstverständlich, dass die DDR und die BRD sich wechselseitig als das anerkennen und respektieren, was sie sind, nämlich gleichberechtigte, souveräne Subjekte des Völkerrechts«. Beim Erfurter Treffen selbst formulierte Willi Stoph dieses Prinzip noch schärfer und klarer: Ein nur deklamatorischer Gewaltverzicht ohne die elementare Voraussetzung der gegenseitigen völkerrechtlichen Anerkennung wäre gegenstandslos, gewissermaßen eine hohle Nuss. Damit waren die Fronten geklärt. Stoph wollte die Anerkennung der Realität zweier deutscher Staaten völkerrechtlich durchsetzen; Brandt hielt an der Fiktion der deutschen Einheit fest.“

In *Herbst '89* schrieb Egon Krenz: „Es folgten die Treffen zwischen Willy Brandt und Willy Stoph am 19. März 1970 in Erfurt und am 21. Mai 1970 in Kassel. Der sowjetischen Führung waren sie suspekt.“

Wie nahm Markus Wolf das Treffen von Erfurt wahr: „Dieser Strategie folgend erhielt das geplante Treffen zwischen Stoph und Brandt bei der Staatssicherheit den Codenamen »Konfrontation I«. Die Widersprüche in der Parteiführung wurden deutlich in den wechselnden Instruktionen, die ich für unseren Verbindungsmann zur SPD-Spitze, Hermann von Berg, bekam. Als das Treffen am 19. März 1970 in Erfurt stattfand, schienen sich die pessimistischen Prognosen zu bestätigen. Schon die Ausgangspositionen der beiden Regierungschefs waren unvereinbar. Stoph bestand auf der Anerkennung der DDR als Voraussetzung für weitergehende Verhandlungen, Brandt wollte über »menschliche Erleichterungen« zwischen den deutschen Teilstaaten verhandeln. Bereits am ersten Tag erwiesen sich auch Befürchtungen der Staatssicherheit als begründet, das Ereignis könne außer Kontrolle geraten. Trotz aller Vorsorge kam es dazu, dass hunderte Menschen vor der Unterkunft Brandts, dem Erfurter Hof, die Absperrungen durchbrachen und »Willy, Willy!« riefen. Es war klar, dass sie nicht Willi Stoph meinten. Nach einigem Zögern zeigten sich Brandt und Stoph auf einem Balkon der jubelnden Menge. Der Kanzler war sichtlich bewegt. Bei Mielke hinterließ diese Erfahrung anhaltende Wirkung. Fortan wurde bei politischen Besuchen aus dem Westen der Apparat der Staatssicherheit in unvorstellbarem Maße strapaziert. Die Mitarbeiter wurden nicht nur zur Absicherung eingesetzt, sondern mussten auch Passanten, Museums- oder Theaterbesucher spielen. Auch Mitarbeiter meiner Hauptverwaltung wurden dabei eingesetzt. Selbst der Hinweis, dass dadurch die Sicherheit bei Auslandsreisen gefährdet war, befreite uns nicht von diesen Einsätzen. Der Besuch in der DDR hatte Brandt Sympathie und Achtung eingebracht. Für viele Menschen wurde er zum Hoffnungsträger der Entspannung.“

Na ja. Entspannung, damit sich in Deutschland etwas tut. Die waren ja nicht gleichmäßig bekloppt. Man sah natürlich, dass sich die Lebensverhältnisse auseinander entwickelten und dass man offensichtlich auf Dauer eingesperrt war, wenn sich die Lage nicht entspannte. Die Leute hier wollten schon noch mal etwas anderes machen als nur arbeiten.

Willy Stoph war zu der Zeit der Vorsitzende des Ministerrates der DDR und damit protokollarisch dem Kanzler gleichgestellt. Durch diese Besetzung kam kein persönliches Treffen mit dem Staatschef Walter Ulbricht zustande. Auch Franz Josef Strauß wusste um Interna des Verhältnisses zwischen Stoph und Ulbricht: „In der elektronischen Aufklärung war der BND durchaus erfolgreich. Als sich Willy Brandt und Willi Stoph im Mai 1970 trafen, wurde von einem Flugzeug aus ein Telefongespräch, das Stoph mit Walter Ulbricht vom Zug aus führte, abgehört und aufgezeichnet. Ich konnte mich über den Inhalt dieser Unterredung selbst informieren.“ Gab das erworbene Wissen aber an die interessierte Öffentlichkeit nicht weiter.

Mit welcher enormer Begeisterung die Zusammenkunft in Erfurt mit den „Willy, Willy“-Rufen der Thüringer in Bonn aufgenommen wurde, ist einem Brief Herbert Wehners, den er 1974 nach dem Rücktritt von Willy Brandt an Helmut Schmidt schrieb, zu entnehmen: „Der andere wichtige Punkt, der bei der weiteren Entwicklung der Gespräche eine Rolle gespielt hat, war ein seit Dezember 1970 ins Gespräch gebrachter Gedanke, ein Gespräch zu führen, dessen Gegenstand die Perspektiven und Intentionen jeder der beiden Seiten deutlich machen sollte, soweit es sich um das Verhältnis der beiden Staaten im getrennten Deutschland handelt. Es sollten nach meiner Auffassung lediglich die beiden Ersten Männer jeder Seite diesen Gedanken- und Meinungsaustausch führen, allerdings nicht in der Weise, wie vorher in Erfurt und in Kassel miteinander geredet worden war. Seit Dezember 1970 stellte die Gegenseite ein solches Gespräch in Aussicht, wünschte es, verzögerte aber immer wieder das Zustandekommen.“ Das konnte wieder keinen erstaunen, war es doch bisher immer noch nicht gelungen, Genossen Walter Ulbricht das Zepter zu entreißen.

Und Markus Wolf konstatierte: „Die SED-Führung betrachtete das Ergebnis mit gemischten Gefühlen. Honecker und Stoph kamen von einer anschließenden Beratung in Moskau mit der Orientierung zurück: Nun müsse Brandt erst einmal über die völkerrechtliche Anerkennung der DDR und die Aufnahme beider deutschen Staaten in die

Uno nachdenken. Dementsprechend erhielt das zweite Treffen der Regierungschefs den Codenamen »Konfrontation II«. Da die Gespräche in Kassel stattfanden, war die Belastung für die Staatssicherheit dieses Mal gering. Neben dem Personenschutz reisten nur Mitarbeiter meiner Hauptverwaltung in der Delegation.“ So viel hier zum Leid des Spionagechefs im Kalten Krieg. Die Gespräche ergaben also vorerst keine Annäherung der konträren Positionen. Beim Auseinandergehen fragte Brandt: „Was nun?“ Willy Stoph antwortete: „Denkpause.“

Als Normalsterblicher vermutet man ja die Richtlinienkompetenz für die Außen- und die Innenpolitik so beim Kanzler. Insider wissen aber, dass das doch sehr vom Kanzler und seinem Dunstkreis abhängt, und Markus Wolf erfuhr in Bonn am Rhein auch beinahe alles: „Meine Mitarbeiter berichteten von ihren inoffiziellen Kontakten, dass in der Umgebung Brandts der Wunsch bestehe, die Gespräche fortzuführen, auch wenn dafür Zugeständnisse notwendig seien.

Einer der engsten Vertrauten des Kanzlers, Conrad Ahlers, sagte zu Hermann von Berg: »Wir sind uns einig, die Anerkennung kommt, aber wir können noch nicht. Innenpolitisch wegen der Wahlen im Juni, außenpolitisch wegen der Verbündeten, besonders der USA, und wegen der Haltung der DDR.«“

Auch mit dem letzten Satz bei Markus Wolf wird sehr deutlich, dass es bestimmt keine ausländische Verschwörung gegen die Vereinigung dieses Landes gab. Vielmehr wurden insbesondere die drei westlichen Alliierten mit dem Grundlagenvertrag 1972 über den Tisch gezogen. Schön ist natürlich auch, dass Conrad Ahlers weiterhin an der Front für die Zweistaatlichkeit kämpfte – nunmehr als Mitglied der SPD im Umfeld von Brandt. Während der *Spiegel*-Affäre war er noch Mitglied der CDU und schrieb jenen geheimnisvollen Artikel, der von wüsten atomaren Plänen des BRD-Verteidigungsministers Franz Josef Strauß berichtete. Warum sollte Conrad Ahlers auch in den vergangenen acht Jahren seinerseits das Ziel aus den Augen verloren gehabt haben?



## **Kanzler Brandt konsultiert sich mit den Amerikanern**

Henry Kissinger, der damalige außenpolitische Berater von Präsident Nixon, schrieb in seinen Memoiren: „Im April 1970 kam Willy Brandt nach Washington. [...]

Er war aufgeräumt und bemühte sich darum, unser Vertrauen zu gewinnen, sorgte sich aber offensichtlich wegen unserer Reaktion auf seine Ostpolitik. Ich beruhigte ihn und gab ihm zu verstehen, dass wir nicht versuchen würden, ihn zu einer Kursänderung zu veranlassen. Wir würden keine besondere Verhandlungsstrategie unterstützen.

Auch würden wir zu den Verhandlungsbedingungen nicht Stellung nehmen. Dafür müsse er selbst die Verantwortung übernehmen; auch in die innenpolitische Debatte in Deutschland würden wir uns nicht einschalten. Wir würden Brandt in seinen politischen Zielen unterstützen, uns zu seinen Methoden nicht äußern, ihn auffordern in engen Konsultationen mit seinen Verbündeten zu bleiben, und ihn vor übertriebenen Erwartungen warnen. Außerdem würden wir ihm das Gefühl der Partnerschaft geben, denn damit begegneten wir der latenten Gefahr einer nationalen deutschen Außenpolitik am besten. Brandt war sehr erleichtert.“

Über dieses Gespräch notierte Willy Brandt: „In unserem Gespräch am 10. April 1970 erklärte Richard Nixon ohne alle Umschweife: Er habe Vertrauen zu unserer Politik und wisse, dass wir nicht daran dächten, bewährte Freundschaften aufs Spiel zu setzen. Allerdings müssten wir damit rechnen, dass es in Frankreich und England – auch hier und da in den USA – einige Unsicherheit geben könne. Er würde – sollte es eine Aufforderung sein? – volles Verständnis haben, wenn wir die Oder-Neiße-Linie anerkennen wollten; sie sei nun einmal zu einem Faktum geworden. Wesentlich sei unser Einverständnis, in allen Ost-West-Fragen in engem Kontakt zu bleiben.“ – Es war eine Bitte. –

Doch nicht nur die Amerikaner, sondern auch die Sowjets fürchteten, von den Deutschen über den Tisch gezogen zu werden, wie sich Wolf erinnern konnte: „Breschnew wollte die Öffnung nach Westen selber

kontrollieren. Nichts wäre ihm ungelegener gewesen als eigenmächtige, schwer überschaubare Kontakte zwischen der DDR und der BRD. Die sowjetischen Deutschlandexperten waren zudem sehr viel realistischer als die SED-Führung bei der Beurteilung der Stimmung in der DDR-Bevölkerung. Sie fürchteten die Sogwirkung des reicheren Westens und den Erfolg der Bonner Propaganda, die auf das nationale Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen zielte.“ Das war jedoch nur die eine Hälfte der Propaganda. Den Rest, was den Westdeutschen nämlich gleichzeitig alles so erzählt wurde, habe ich mir dann leider erst nach dem Übergang zur Lesefreiheit rekonstruieren können.

Brandt notierte über die Kritik an seiner ursprünglichen Linie: „Zur Rechtfertigung diente der Vorwurf der Verzichtspolitik und des Ausverkaufs deutscher Interessen. Und immer wieder und immer wieder noch einmal hieß es, wir würden aus dem Westen ausscheren wollen und arbeiteten dem Kommunismus in die Hände. In Wirklichkeit gingen unsere West-Loyalität und unser Sinn für die Kräfteverhältnisse so weit, dass wir zur vietnamesischen Tragödie schwiegen, obwohl es an besserer Einsicht nicht mangelte und obwohl die Schere im Kopf zu Lasten unserer Glaubwürdigkeit ging. Unsere neuen Gesprächspartner im Osten kannten unser Problem und meinten, sich großzügig geben zu sollen. Am Tag nach der Vertragsunterzeichnung in Moskau, August '70, sagte mir Kossygin zu dem entworfenen Kommuniqué: »Ihre Freunde werden zufrieden sein: Wir haben keine Unterwassersteine hineingelegt, obwohl wir es hätten tun können. Man hätte über Vietnam etwas sagen können . . . «“

Das ist natürlich ein ganz trauriges Feld. Beide deutschlandpolitischen Lager in Bonn haben zu der Tragödie in Vietnam geschwiegen; das Brandt-Lager, weil sie die Unterstützung der Amerikaner für die Annäherung an Osteuropa benötigten, und das gegnerische Lager, weil sie sich nicht für die internationalen Auswirkungen ihres Kalten Krieges interessierten. Aus eben diesem Grund hatte Kurt Kiesinger ja auch zu dem sowjetischen Einmarsch in die ČSSR geschwiegen.

Bonn war wirklich Klasse. „Die Bundesrepublik Deutschland hat zwar in gewisser Weise immer eine Schlüsselrolle gespielt, aber nur in ihren Entstehungsjahren und während der Berlinkrisen bestimmten an sich regionale Ereignisse die weltpolitische Tagesordnung. [...] Adenauers Denken und Sorgen konzentrierte sich jedoch bis zum Schluss auf das deutsche Schicksal. Hier Unheil abzuwehren, sah er als seine politische und persönliche Aufgabe. Weitverzweigte globale Verflechtungen interessierten und bewegten den ersten Kanzler nur insoweit, als davon unmittelbar deutsche Interessen berührt waren.“

## Der Westen wird nervös gemacht

Über die hinterhältigen Versuche, den Amerikanern ihren deutschen Entspanner Brandt madig zu machen und sich selbst als die großen Freunde der USA zu verkaufen, merkte der Ex-Kanzler an: „Mir blieb nicht verborgen, dass es im Pentagon und im State Department, auch wenn dessen Sprecher der Regierung Brandt wiederholt Vertrauen bekundete, erhebliche Vorbehalte gab. Sie wurden durch Lobbyisten und die Bonner Opposition, auf alles andere denn nationalen Konsens bedacht, angestachelt. Rainer Barzel berichtete über seinen Besuch bei Nixon, September 1970, in San Clemente: Von einer Unterstützung Brandts sei wenig zu spüren gewesen.“ Doch nicht nur Abgesandte aus Bonn sorgten für Skepsis gegenüber Brandt.

Zugleich fiel den Amerikanern auf die Füße, dass es Querelen um die Zuständigkeit für die amerikanische Außenpolitik zwischen Präsident und State Department gab, wie man es bei Henry Kissinger nachlesen kann. Kissinger wiederum fiel sich selbst über den großen Onkel, weil er das Gefühl hatte, er sei „Super-Henry“, wie es der Brandt-Biograph Klaus Harpprecht ausdrückte. Urkomisch muss es werden, wenn einer mit einem so ausgeprägten Selbstbewusstsein auf jemanden trifft, der selbst schon über ein horrendes Ego verfügt und auf den Rivalen schon rein körperlich herabblicken kann. Genießen Sie die 1969er Begegnung zwischen Kissinger, dem Berater von Nixon, mit dem Präsidenten von Frankreich: „Ich würde gern berichten, dass meine Kontakte mit de Gaulle auf einer Ebene stattgefunden haben, die meiner Ansicht von seiner historischen Bedeutung entsprach. Leider war dem nicht so. Der General betrachtete Präsidentenberater als Funktionäre, die nur um ihre Meinung gefragt werden sollten, wenn ihre Vorgesetzten genauere Angaben über ein technisches Problem brauchten, und behandelte sie nicht als selbstständige Persönlichkeiten. Gegen Ende des Dinners, als der Likör serviert wurde, sagte mir ein Adjutant, dass der General mich zu sprechen wünsche. Ohne den geringsten Versuch mit mir Konversation zu machen, begrüßte mich der General mit der Frage: »Warum ziehen Sie sich nicht aus Vietnam zurück?«

»Weil«, antwortete ich, »ein plötzlicher Rückzug unsere Glaubwürdigkeit in Frage stellen würde.«

»Wo?« wollte der General wissen. Ich erwähnte den Nahen Osten.

»Das ist aber sehr eigenartig«, sagte der General, der mich um einen Fuß überragte, »Ich habe geglaubt, Ihre Gegner hätten im Nahen Osten selbst Schwierigkeiten mit der Glaubwürdigkeit.«

Aber kommen wir zurück zu der Skepsis der Westmächte gegenüber dem Kanzler Brandt: „Die Vorhaltungen französischer Zeitungen, die Bundesrepublik steuere auf die Neutralität zu, bewaffnet oder nicht, quälten ihn mehr, als er zugab. Wie sich dagegen wehren? Je fremder ihn die Unterstellung anmutete, desto weniger wehrte er sich. Mit deutschen Verbeugungen vor französischer Siegermacht konnte und wollte er aber erst recht nicht dienen. Später beschwerte ihn, dass er allein aus der ostpolitischen Perspektive gesehen wurde. Als ob die nicht nur vom Westen aus und auf den Westen hin hätte geöffnet werden können!

Er freute sich spitzbübisch, als [der französische Präsident] Mitterrand anlässlich seines 75. Geburtstages gerade den westeuropäischen Einsatz hervorhob: Es scheine ihm notwendig, W. B.s Bemühungen um eine Stärkung der damals noch schwachen Bande zwischen den Ländern der Gemeinschaft zu unterstreichen. »Ich erinnere mich der Unterredungen, die wir hatten, bei denen Ihre Sorge die war: Wie kann man das Schicksal Europas dahin ändern, dass man der Gemeinschaft einen Inhalt, eine Substanz, eine von nun an unzerstörbare geschichtliche Wirklichkeit gibt.« Am Ende seines Lebens registrierte er, den Karls-Preis nicht erhalten zu haben.“ Das war natürlich traurig. Diesen Preis vergab ja auch niemand aus einem westlichen Staat. Es ist ebenso interessant, dass die westlichen Alliierten jahrzehntelang immer noch einmal die Angst geäußert haben, die Westdeutschen könnten aus dem westlichen Bündnis ausscheren, um auf der Basis der Neutralität die Vereinigung ihres teuren Landes zu erreichen. Auch Helmut Schmidt und Helmut Kohl hatten sich als Kanzler noch mit derartigen irrigen Befürchtungen herumzuschlagen.

Wie Richard Nixon sich mit seiner Introvertiertheit behinderte und Henry Kissinger sich und der Welt als *Superman* keinen Gefallen tat, so stand sich auch Willy Brandt selbst im Wege. Selbstverständlich hatte man im Westen Angst, dass die Bundesrepublik die Vereinigung ihres Landes in einem Deal mit Moskau durchziehen und dafür vielleicht aus dem Bündnis der westlichen Staaten ausscheren könnte. Historische Parallelen musste man dafür nicht erfinden. Und was könnte Brigitte Seebacher-Brandt mit ihren Verbeugungen vor französischer Siegermacht gemeint haben? Ihr damaliger Mann sollte einfach nur deutlich machen, was er präzise vorhatte. Wenn er das nicht in aller Form tat, weil es ihm überflüssig erschien, dann hatten die Franzosen ein gutes Recht darauf, skeptisch zu bleiben, bis sie sahen, dass die Deutschen nicht schon wieder groben Unfug anstellten. Ein weiteres Problem der Uneingeweihten war natürlich, dass sie meinten, in der BRD herrsche Demokratie, und die Frontlinien verliefen zwischen den Parteien und ihren Flügeln. Wer hätte denn ahnen sollen, dass es nur zwei Gruppen gab, die Leute mit der Zwei-Staaten-Lösung und den deutschen Flügel?

## Bonn und die Bilderberg-Konferenzen

In das Reich der Verschwörungstheorien gehörten für mich auch die Bilderberg-Konferenzen, bis sie Otto Wolff von Amerongen, der von 1969 bis 1988 Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages war, in einem Interview mit der *Wochenpost* schlagartig in die Realität holte. Ganz beiläufig erwähnte er dort, dass Brandts Außenpolitik auf diesen Konferenzen in den frühen siebziger Jahren Mode war: „Von der Wirtschaft und von mir als dem Vorsitzenden des Ost-Ausschusses nun vehement politische Unterstützung für die Ostverträge zu erwarten, wie es Willy Brandt tat, war gleichwohl unrealistisch.“ Das muss erstaunen. Sie erinnern sich vielleicht an eine der Begründungen, die für eine neue Ostpolitik in den sechziger Jahren herhalten musste? Da ging es eben gerade darum, dass die Wirtschaft nach einer derartigen Umorientierung gelehzt habe.

Wie gelangte Otto Wolff Freiherr Taets von Amerongen in diese kleine, feine Runde hinein? Es wird Sie kaum überraschen: Er war 1954 auf Empfehlung von Adenauers Berater Robert Pferdmenges in den Kreis der westdeutschen Teilnehmer an den Bilderberg-Konferenzen aufgenommen worden. Seit 1955 war er dann der Vorsitzende des Ost-Ausschusses der deutschen Industrie. Daneben war er der Präsident der Deutschen Gesellschaft für auswärtige Politik. Das traf sich ja gut.

Aber lassen wir Herrn von Amerongen doch weiter erzählen: „Auch war der Wirtschaft klar, dass in den USA zum Teil durch Unkenntnis die ostpolitische Linie Bonns falsch interpretiert wurde und wir uns ein ernsthaftes Zerwürfnis mit Washington nicht erlauben konnten. Dieses Thema war häufig Gegenstand der Diskussionen auf den Bilderberg-Konferenzen, auf denen führende Vertreter von Wirtschaft und Politik aus Westeuropa und den USA das gegenseitige Verständnis vertieften.“

Zum Teil durch Unkenntnis. Aber die deutschen Vertreter auf diesen geheimen Treffen von europäischen und amerikanischen Politikern,

Wirtschaftsbossen und selbstverständlich auch Journalisten haben Brandts ostpolitische Linie dann doch sicherlich so erklärt, wie sie gemeint war, oder haben sie die Fehlinterpretationen erst in die Welt gesetzt? Helmut Schmidt hatte diese Probleme jedenfalls nicht. An „die alljährlichen sogenannten Bilderberg-Konferenzen“ erinnerte er sich „mit Dankbarkeit“; sie seien „Fundgruben der Information und der Erkenntnis“ gewesen. Das war wie im richtigen Leben. Der Brandt war böse, und der Schmidt war gut. Immer diese Missverständnisse.

„Die Bilderberg-Konferenzen. Alljährlich im Frühsommer treffen sich die reichsten Unternehmer der westlichen Welt mit den führenden Politikern und Herausgebern und Chefredakteuren der wichtigsten Medien zu einer zweieinhalbtägigen Konferenz. Diese trägt den Namen »Bilderberg« nach einem Hotel in Holland, wo die Konferenz 1954 zum ersten Mal stattgefunden hat. Was bei den Bilderberg-Konferenzen genau besprochen wird, bleibt der Spekulation überlassen. Denn die Konferenzen finden stets in abgeschirmten Luxushotels außerhalb urbaner Zentren statt. Mini-Armeen von privaten und staatlichen Sicherheitsagenten sorgen dafür, dass sich die Einfahrtstore vor den Nasen neugieriger Journalisten schließen. Für die Teilnehmer ist es Bedingung, dass sie später nichts über den Inhalt der Gespräche verlauten lassen, und die Vertreter hauptamtlicher Nachrichtenmedien sorgen persönlich dafür, dass nichts in ihren Presseorganen zu lesen sein wird. Als Initiator der Bilderberg-Konferenzen gilt der Exil-Pole Joseph Hieronim Retinger (1888-1960), dem auch enge Kontakte zum britischen SIS nachgesagt wurden. [...] Zieht man den politischen Einfluss und die wirtschaftliche Macht der Bilderberg-Konferenzteilnehmer in Betracht, ebenso wie die fast vollständige Geheimhaltung, so ist es kein Wunder, dass sich die wildesten Verschwörungstheorien um diese Treffen ranken. [...] Doch so unwahrscheinlich derartige Behauptungen auch klingen, eines steht fest, nämlich dass die Bilderberg-Konferenzen selbst nicht zum Reich der Verschwörungstheorien zu zählen sind. Die Konferenzen finden mit schöner Regelmäßigkeit tatsächlich jedes Jahr statt, und dieses Jahr wurde die 48. Bilderberg-Konferenz in Belgien abgehalten. Das mit der Organisation betraute Bilder-



berg-Sekretariat hat auf Anfrage sogar eine Pressemeldung verschickt, allerdings erst nach dem Ende der Tagung. In dem lapidaren Statement heißt es: »Die 48. Bilderberg-Konferenz wurde vom 1. bis 3. Juni 2000 in Brüssel, Belgien, abgehalten. Neben anderen Themen diskutierte die Konferenz die US-Wahlen, Globalisierung, die New Economy, den Balkan, die EU-Erweiterung und die europäische extreme Rechte. Etwa 100 Personen aus Europa und Nordamerika haben an den Diskussionen teilgenommen. Das Treffen war privat, um eine offene und freie Diskussion zu ermöglichen.« [...] Gekommen sind natürlich Bilderberg-Veteranen, die seit Jahrzehnten kaum ein Meeting ausgelassen haben, wie Henry Kissinger, David Rockefeller, FIAT-Boss Agnelli und James D. Wolfensohn, Weltbankpräsident. [...]

Bereits 1974 schrieb ein Kolumnist der *Financial Times*, Gordon Tether: »Wenn die Bilderberg-Gruppe keine Verschwörung irgendeiner Art ist, dann ist ihr Verhalten jedenfalls so, dass es den erstaunlich stichhaltigen Eindruck einer Verschwörung ergibt.« Herr Tether wurde wenig später von der *FT* gefeuert. [...] Der Großteil der Materialien, die diesen Artikel ermöglichten, findet sich auf der Website *Bilderberg.org* von Tony Gosling, einem ehemaligen BBC-Radiojournalisten.“

Da ein Pole diese Treffen initiiert hatte, darf doch davon ausgegangen werden, dass es unter anderem um Möglichkeiten ging, Europa nach Jahrhunderten von Streit und vielen Kriegen endlich friedlich zu vereinigen: „Wie Conrad C. Stein schreibt, vertrat der eigentliche Initiator der Bilderberger, der Pole und Jesuit Joseph Retinger (1888-1960), schon früh die Idee einer föderalen Union von nachbarschaftlich verbundenen europäischen Staaten, in der diese Teile ihrer Souveränität aufgeben. Nach dem Zweiten Weltkrieg war Retinger Generalsekretär der Economic League for European Cooperation, aus der die europäische Bewegung hervorging. Booker und North verdanken wir ferner den Hinweis, dass zwischen 1949 und 1960 zwei Drittel der dieser Bewegung zur Verfügung stehenden Mittel von der CIA finanziert wurden. Weitere, aus einer Geheimekasse des US-Außenministeriums stammende Zuschüsse erhielt die Brüsseler Zentrale der Bewegung von dem 1949 gegründeten Amerikanischen Komitee für ein Vereinig-

tes Europa, dessen stellvertretender Vorsitzender der CIA-Direktor Allen Dulles war. So haben die US-Regierung und insbesondere die CIA und das Außenministerium eine Schlüsselrolle bei der Schaffung eines supranational vereinigten Europas gespielt. [...]

Gionanni Agnelli: »Die europäische Integration ist unser Ziel, und wo die Politiker versagten, werden wir Industriellen erfolgreich sein.« Prinz Bernhard der Niederlande, der erste Vorsitzende der Bilderberger: »Es ist schwierig, die im Nationalismus aufgewachsenen Völker umzuerziehen und sie an die Idee zu gewöhnen, ihre Souveränität an übernationale Organisationen abzutreten.« David Rockefeller: »Wir sind der *Washington Post*, der *New York Times*, dem *Time Magazine* und anderen großen Publikationen dankbar, deren Direktoren seit fast vierzig Jahren unseren Treffen beigewohnt und ihr Versprechen der Verschwiegenheit gehalten haben. Es wäre für uns unmöglich gewesen, unseren Plan für die Welt zu entwickeln, wenn wir während dieser Jahre dem Licht der Öffentlichkeit ausgesetzt worden wären. Inzwischen ist aber die Welt höher entwickelt und darauf vorbereitet, einer Weltregierung entgegenzugehen. Die supranationale Souveränität einer intellektuellen Elite und der Weltbanker ist mit Sicherheit der nationalen Selbstbestimmung vorzuziehen.«“

Ein deutscher Journalist, der in diesen schon recht illustren Club aufgenommen wurde, war Theo Sommer, der Chefredakteur von *Die Zeit*. Sommer war von 1975 bis 1989 im Steering Committee der Bilderberg-Treffen. Unter dem Bundesverteidigungsminister Helmut Schmidt war er 1969/70 zum Leiter des Planungsstabes im Bundesministerium der Verteidigung berufen worden. Nicht schlecht für einen Journalisten. Ich dachte mal, dass diese Leute Zeitungen machen. Dass er vermutlich keine 40-Stunden-Woche hatte, leuchtet ein, wenn man liest, dass er unter anderem ein Mitglied der Wehrstrukturkommission der Bundesregierung war, Mitglied der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, des International Institute for Strategic Studies in London, der Atlantik-Brücke, Ehrenmitglied der Association of Ancients NATO Defense College, Ehrenmitglied der Trilateral Commission, Ehrenmitglied der Deutschen Debattiergesellschaft, Mitglied des Council Inter-

national Institute for Strategic Studies, des Steering Committee Königswinter Conference sowie ein Mitglied im Beirat Bertelsmann-Stiftung, dass er auch im Beirat Medienstadt Leipzig war und darüber hinaus Mitglied des Germany Advisory Committee und des German Marshall Fund of the United States.

Wenn ich das alles nicht völlig falsch verstehe, dann saßen die westdeutschen Vertreter der Zunft dort in einem feindlichen Heerlager und mussten gut schauspielern. Während sich die Bilderberger für ein supranational vereinigtes Europa einsetzten, das auch Polen oder zum Beispiel Ungarn umschloss, setzte sich die westdeutsche Nachkriegselite für ein supranational vereinigtes Westeuropa und gegen Brandts fixe Idee von einer Entspannung in Europa ein. Oder wie würden Sie zum Beispiel diese Feststellung des britischen Historikers Timothy G. Ash verstehen: „Franz Josef Strauß und andere attackierten Brandt und Scheel, weil sie die westeuropäische Integration im Streben nach einer, wie Strauß es damals nannte, illusionären Vorstellung vom Großraum Europa vernachlässigten.“ Kiesinger, den Brandt gerade als Kanzler abgelöst hatte, meinte: „Die Politiker dürften weder macht-süchtige noch utopische Menschheitsbeglückter sein, auch wenn in jedem großen Staatsmann eine Spur von beidem leben möge, damit er sein schweres Amt und Schicksal aushalte.“ In dieselbe Kerbe schlug Brandts Nachfolger im Bonner Kanzleramt, Schmidt, „der Mann, der nach eigener Aussage zum Arzt ging, wenn er Visionen hatte“. Leider blieb es bei der guten Absicht. Adenauers Vision, zu deren Umsetzung er beherzt beitrug, war ganz sicher eher behandlungsbedürftig. Carlo Schmid aus Helmut Schmidts SPD bezeichnete sein Gegenkonzept zum Großraum Europa à la Brandt übrigens als „realistische Europapolitik“. Nach demselben Muster wird Genscher aus der SPD später aus Brandts Entspannungspolitik auch eine „realistische“ Entspannung machen.

Wie rechtfertigte Strauß eigentlich seinen erbitterten Widerstand gegen Brandts neue Ostpolitik? „Es war später eines unserer Hauptargumente gegen die Brandtsche Ostpolitik, dass man die Alliierten aus ihrer Verpflichtung für Deutschland entlasse. Deshalb wog es wenig,

dass sich die SPD/FDP-Bundesregierung auf die Haltung der Alliierten berief, die die Bonner Politik der Entspannung doch begrüßten – warum sollten die Alliierten unzufrieden sein, dass ihnen eine lästige Verpflichtung, die Adenauer ihnen aufgezwungen hatte, abgenommen werden sollte.“ Weltmacht ist, wessen Rechnung aufgeht.

Brandt illustrierte das mit einem Wort eines Amis: „In den siebziger Jahren formulierte ein amerikanischer General diese Einschätzung in sehr bildhafter Weise: »Warum sollten wir böse sein? Adenauer hat unsere Hand zwischen Tür und Angel geklemmt, und wenn die Russen zumachen, dann schreien wir. Willy Brandt hat uns geholfen, die Hand herauszuziehen.«“ Für wenige Jahre. Unter Helmut Schmidts Raketenbeschluss, den er den Westmächten dann 1979 reindrückte, hatten sie schließlich nicht nur ihre Hände sondern gleich ihren klugen Köpfe zwischen der Tür und der Angel. Bedauerlicherweise haben sie ihrem Freund Helmut Schmidt mehr vertraut als den Russen. Das wurde sehr teuer und streckenweise sehr gefährlich.

„Dass der Kampf um die Ostpolitik so erbitterte Formen annahm, ist auf Abstand nicht mehr leicht zu verstehen. Mich hat damals gewundert, dass einige, die sich für konservativ hielten, wenig Interesse an mehr Selbstständigkeit zeigten.“ Dieses Erstaunen Willy Brandts über die rechten Flügel ist gut nachvollziehbar. Er merkte auch an: „Ich gebe allerdings zu, dass es eines makabren Reizes nicht entbehrte, Marxisten, beziehungsweise solche, die dafür gehalten werden wollten, mit anderen Konservativen um die Unveränderlichkeit gegebener Verhältnisse und Umstände wetteifern zu sehen.“

Bundeskanzler Willy Brandt hatte damals wohl schon Recht, als er mahnte: „Heute könnten wir noch zu den Schrittmachern einer neuen Politik gehören, morgen würden wir bestenfalls den Nachzählern zugezählt werden. Wenn wir den Westen zu schwächen gedächten, würde dies den Verbündeten nicht entgehen, und sie würden es sagen. Dumm seien sie nicht – »jedenfalls nicht alle zusammen dümmer als die Opposition im Deutschen Bundestag.«“

## Im Abwehrkampf gegen den guten Willy

„Was die Brandt-Regierung jedoch nicht akzeptierte, war, dass die »Ergebnisse der Geschichte« eine Vereinigung der Deutschen westlich der Oder-Neiße-Linie zu einem Staat niemals mehr zulassen würden.“ So schätzte der britische Historiker Timothy Garton Ash die Lage ein, und das ließ man Brandt ganz fraglos nicht durchgehen.

So hielt der CIA-Beamte James Critchfield über den langjährigen Chef des Bundesnachrichtendienstes (BND) fest: „Gehlen war von Natur aus ein höchst argwöhnischer Mensch. Mit zunehmendem Alter neigte er dazu, beinahe paranoisch Leute kommunistischer Verbindungen und politischer Ansichten zu verdächtigen, die nicht mit seiner eigenen konservativen Überzeugung in Einklang standen. Mit großem Misstrauen betrachtete er die Beweggründe der von Willy Brandt geführten sozialliberalen Bundesregierung, die offen und energisch eine neue Ostpolitik einleitete und Gespräche mit Ostdeutschland, Polen und selbst der Sowjetunion aufnahm. Von seinem Argwohn getrieben, wagte sich Gehlen in einer Art und Weise auf das Gebiet der sensiblen Innenpolitik vor, die höchst umstritten war.“ Auf ein anderes Motiv als den Antikommunismus kam Critchfield leider nicht beim Versuch zu verstehen, warum sein guter Freund Gehlen von dem eingefleischten Kommunistenhasser Brandt nicht angetan war. Als es darum ging, den sowjetischen Einmarsch in die Tschechoslowakei 1968 zu verurteilen, war es Brandt, der laut dagegen protestierte. Der konservative Kanzler Kiesinger war über jenen Sommer nicht aus dem Lächeln zu bringen.

Der Bundeskanzler empfand die Vorgänge um ihn herum folgendermaßen: „Aber die neue Bonner Opposition, auf ihre Rolle unzulänglich vorbereitet, mochte nicht davon lassen, die Außenpolitik zum Schlachtfeld der Innenpolitik zu machen. [...] Die Auseinandersetzung um die Verträge wurde unangenehmer, als ich erwartet hatte. Es hing nicht nur damit zusammen, dass sich die Führung der Union und nicht wenige ihrer Anhänger in die Vorstellung hineingelebt hatten, sie stellten die geborene Regierungspartei dar; man schien außerdem zu

glauben, sie verfügten in der Außen- und Deutschlandpolitik über den Stein der Weisen. Aus dem Ringen um die Verträge erwuchs der Kampf um den Sturz der Regierung. Gerhard Schröder, mein Vorgänger im Auswärtigen Amt und nunmehriger Vorsitzender des Auswärtigen Bundestagsausschusses, machte – auch öffentlich – keinen Hehl daraus, dass es sich eben hierum handelte.“

Und der große Markus Wolf blieb in seiner Zentrale des Guten in Ost-Berlin selbstverständlich stets auf dem Laufenden: „Unsere Quellen in den Unionsparteien berichteten über verschiedene geheime Manöver, mit denen Brandts Politik torpediert und schließlich der Sturz seiner Regierung erreicht werden sollte. Eine wesentliche Rolle spielte dabei das Zusammenwirken von Konservativen im Auswärtigen Amt, Industriekreisen und den Blättern des Springer-Konzerns. Dies nötigte Brandt zu großer Vorsicht bei Zugeständnissen an die östliche Seite.“ Da Wolf das nicht spezifizierte, muss ich davon ausgehen, dass Brandts Gegenspieler Unserem Wolf ihre „Zugeständnisse“ als Brandts Willen verkauft hatten.

Über die vielen anderen Fußangeln, mit denen eine neue Außenpolitik zur Überwindung der Teilung Europas ausgebremst wurde, bemerkte Brandt: „Ein Teil der Kampagne gegen meine Regierung lief mit Mitteln, die hart an der Grenze oder jenseits der Legalität lagen. Beamte wurden verleitet, vertrauliche oder sogar geheime Dokumente preiszugeben, damit die Polemik angeheizt werde. Ein Verfahren, das schon im Monat nach dem Regierungswechsel '69 eingesetzt hatte. Entwürfe, wie solche zum Vertrag mit der Sowjetunion, wurden auf dem offenen Markt gehandelt – mit dem Ergebnis, dass bestimmte weitere Zugeständnisse nahezu unmöglich wurden. Das Auswärtige Amt zählte in den ersten 18 Monaten meiner Regierung nicht weniger als 54 Fälle von Geheimnisverrat, begangen von Leuten, die »Ausverkauf deutscher Interessen« unterstellten. [...]

Aber mir wollte nicht in den Kopf, wozu sich Leute hinreißen ließen, die nicht laut genug auf die Staatsräson pochen konnten. Ermittlungen verliefen routinemäßig und im Sande. Es kam vor, dass vermeintliche

Täter und Zeugen ins Spiel gebracht wurden, die längst gestorben waren. Auch amerikanische Quellen wurden bemüht, ohne sachliche Rechtfertigung. Eifrige – wo nicht eifernde – Abgesandte der Opposition, verbiesterte Funktionäre von Vertriebenenverbänden, auch vorgebliche Wahrer vaterländischer Interessen machten sich in Washington und anderen Hauptstädten zu schaffen; die einen und anderen Vorstöße ließen sich anschließend wieder einfangen, anders als die Giftpfeile, die aus der Presse, auch der kolorierten, des eigenen Landes abgeschossen wurden.“ Aus der unabhängigen Presse.

Und wie kamen die Giftpfeile damals in die guten Medien? Fragen wir doch den Geheimdienst-Experten Erich Schmidt-Eenboom. Er hat da Spannendes zu Tage gefördert: „Der CDU-Abgeordnete Dr. Werner Marx (Deckname MANGL) nimmt in der Aufstellung des BND vom März 1970 in zweifacher Hinsicht eine Sonderrolle ein. Als einziger Politiker wurde er von ELZE in der Kategorie I geführt, und zugleich war er 1970 als nachrichtendienstliche Sonderverbindung gesperrt. Marx, Jahrgang 1924, war seit 1965 Bundestagsabgeordneter und von 1969 bis 1980 Vorsitzender des Arbeitskreises für Außen-, Deutschland-, Verteidigungs-, Europa-, Entwicklungs-, und Außenwirtschaftspolitik der CDU/CSU-Fraktion.“ Es ist natürlich schön zu wissen, dass auch Dr. Werner Marx vom rechten Flügel der Rechten mit dem BND eines gewissen Reinhard Gehlen verbandelt war.

„Der »rechte Wadenbeißer« [so nannte der Chef des Bundeskanzleramtes Horst Ehmke den Dr. Werner Marx] spielte eine Schlüsselrolle bei den Hetzkampagnen aus der Unionsfraktion gegen Willy Brandt. Propaganda war sein Handwerk, und das hatte er als Referatsleiter bei der Abteilung für Psychologische Kriegsführung gelernt.

»Weil das Verteidigungsministerium einen eigenen Abgeordneten haben wollte, kam Marx in den Bundestag«, kommentiert sein langjähriger Weggefährte, Wilhelm Reichenburg, den Aufstieg des kalten Kriegers in die Bundespolitik. [...] Inge Goliath hatte Marx zehn Jahre lang gedient, als sie am 10. März 1979 mit ihrem Mann Wolfgang in die DDR übertrat. Das MfS verbreitete wenig später eine Broschüre, in der

die Sekretärin zwei Journalisten gegenüber aus dem Nähkästchen plauderte und das Zusammenspiel von BND-Spitzen, Unionspolitikern und konservativen Journalisten hinter den Kulissen der Bonner Politik schilderte. [...]

Inge Goliath selbst zählte den Fernsehjournalisten Gerhard Löwenthal, der häufiger im Büro Marx als im ZDF zu finden war, den Nachrichtenbeschaffer der *Quick* Paul Limbach, seinen Kollegen Wilfried Ahrens und Heinz Vielain vom Springer-Inlandsdienst zu den Schleusentoren, durch die MANGL angeblich Staatsgeheimnisse in die rechten Medien fließen ließ. Besonders spektakulär waren die Pauls-Telegramme und das Gromyko-Papier. Der deutsche Botschafter in Moskau, Rolf Pauls, hatte im April 1971 geheime Fernschreiben über den Stand der deutsch-sowjetischen Verhandlungen nach Bonn gesandt. Marx soll sie – laut Goliath – von der Koordinationsstelle im AA, die auch die Verbindung zum BND hält, bekommen haben; sie wurden in der *Quick* und im ZDF publiziert.

Marx bestritt gegenüber dem *stern* im Juli 1980, die Pauls-Telegramme je in Händen gehabt zu haben und den als Lieferanten verdächtigten Leiter der Koordinierungsstelle im Auswärtigen Amt, Georg Merten, überhaupt zu kennen. Mindestens soviel Staub wie die geheimen Telegramme aus Moskau hatte 1970 die Veröffentlichung des Gromyko-Papiers aufgewirbelt, des Vertragsentwurfs des sowjetischen Außenministeriums zu den Ostverträgen.

Den russischen Originaltext hatte Marx übersetzen lassen und streute ihn wiederum im ZDF-Magazin und in der Münchner Illustrierten – »Bonn will Berlin verschenken«, titelte die *Quick*. Eigentliche Quelle der Indiskretion – die Sozialdemokraten sprachen von Landesverrat – war diesmal jedoch nicht Werner Marx, sondern der CSU-Abgeordnete Baron von Guttenberg.“

Da es sich in Bonn jedoch nicht um eine polizeiwidrige Anhäufung von Dummheit handelte, um hier eine Formulierung Otto von Bismarcks aufzugreifen, enthüllte der Baron dem Publikum bei dieser günstigen Gelegenheit natürlich nicht, dass die CDU-Führung noch bis 1962 den Westen Berlins tatsächlich gern mit der DDR vereinigt gehabt hätte.



## Blicke in das Netz zwischen Gehlens BND und den Medien

„Horst Ehmke, Rechtsprofessor von Beruf, war in der sozial-liberalen Koalition der 70er Jahre Willy Brandts erster Mann – und damit zugleich den skeptischen Beäugungen von Herbert Wehner, der ihn bei ihrer ersten Begegnung eine Stunde lang anschwieg, sowie Helmut Schmidt ausgesetzt, der darunter litt, nicht selbst Bundeskanzler zu sein. Ehmke legte sich in seiner Zeit als Kanzleramtschef auch gleich mit der mächtigen Opposition an: Als er daran ging, den Bundesnachrichtendienst neu zu ordnen, drohte ihm Franz Josef Strauss, wenn ihm sein Leben etwas wert sei, solle er die Finger von gewissen Akten lassen.“ Das war nun eine recht bizarre Drohung. Ehmke war dann auch nur noch bis 1972 Bundesminister für besondere Aufgaben.

Aber Horst Ehmke war nicht der einzige, dessen Karriere beim Versuch, das Netz der Eingeweihten offenzulegen, Schaden nahm. „Aber Hoeffler von Loewenfeld, der schon seit 1957 von den Streitkräften zum BND delegiert war, stand nach der Durchforstung der von ihm geleiteten Außenstelle nicht mehr lange in Diensten Pullachs. RAVEN wurde zum 1. Juli 1971 zunächst zur Bundeswehr zurückversetzt und landete schließlich als Sicherheitschef bei der Siemens-Tochter KWU. Für sein Ausscheiden aus dem BND-Dienst dürfte seine führende Rolle bei der illegalen Inlandsaufklärung ausschlaggebend gewesen sein.“

Unter der wunderbar ausgewählten Überschrift *Die Büchse der Pandora* gab Erich Schmidt-Eenboom wieder, wie die Aufklärungsbemühungen Horst Ehmkes am Rheinufer im Sande versickerten: „Im Herbst 1969 war Willy Brandt, der Emigrant und Antifaschist, zum Bundeskanzler gewählt. Dieser »Machtwechsel«, wie die Regierungsübernahme durch SPD und FDP bald genannt wurde, war ein Schock für alle, die sich dem »CDU-Staat« verbunden fühlten. Auch für die geschlossene Gesellschaft von Geheimdienst und seinen Paladinen im öffentlichen Raum schien eine Ära zu Ende zu gehen.

Im Bundeskanzleramt übernahm Horst Ehmke das Ruder und damit auch die Aufsicht über die Nachrichtendienste. Frühzeitig wurde er –

wie es seine politischen Erinnerungen ausweisen – mit dem Problem der Pullacher PR-Holding konfrontiert: »auf Grund eines Tipps fragte ich weiter, ob Journalisten vom BND Geld erhalten hätten und wenn ja, wofür – nachrichtendienstliche Quellen natürlich ausgenommen. Ich erhielt eine Liste mit Namen und Summen, die beide mein Erstaunen hervorriefen. Ich widerstand aber der Versuchung, diese Pandora-büchse zu öffnen, ordnete die Vernichtung auch dieser Unterlagen an und untersagte derartige Praktiken.« Tatsächlich hatte Horst Ehmke auch Aufstellungen von echten Quellen des BND sehen wollen, was ihm jedoch mit Hinweis auf nachrichtendienstliche Grundregeln erfolgreich verweigert wurde. Die Preisgabe der Pressesonderverbindungen Pullachs war offensichtlich ein Kompromiss; dem Kanzleramt wurden damit nur die nicht operativ genutzten Journalisten offenbart. Im März 1970 wurde also bei weitem nicht jeder Medienvertreter, der für die Abteilung I des Bundesnachrichtendienstes gearbeitet hatte, geoutet. Ein Vierteljahrhundert später wurde diese Liste öffentlich. Sie dient als Ausgangspunkt einer Recherche, welche die in der Adenauerrepublik gewachsene PR-Holding Pullachs auszuleuchten sucht. Beziehungen von BND-Konfidenten untereinander und ihr Weg aus dem Dritten Reich in die Bonner Republik werden dabei ebenso unter die Lupe genommen wie der Aufstieg in die Spitze der Meinungsmacher bei so manchem »Vertrauensjournalisten« des Bundesnachrichtendienstes. Biographische Daten und Memoiren, publizierte Artikel und Bücher, Interviews, Aktivitäten in dieser oder jener Organisation und – wo erlangbar – ihr privater Schriftverkehr bilden die Quellenbasis für die Einordnung der Hilfsorgane des BND in die politische Landschaft der sechziger und siebziger Jahre. Aber die Untersuchung beschränkt sich nicht etwa auf die »Pubertät der Republik«, sondern schaut auf das Weiterwirken der 1970 offiziell aufgelösten Seilschaften und fragt nach dem heutigen Stand der Dinge.“ Es klingt nicht richtig glaubhaft, dass sich nur diejenigen behelligt gefühlt haben sollen, die dem CDU-Staat nahe standen, wenn Eenboom auch sagt, dass Herr Wehner von der SPD dort mit im Boot war. Halten wir also fest: In der ehemaligen BRD gab es Journalisten, die operativ genutzt wurden. Wer waren die Auftraggeber, wenn hier eine ganz erkleckliche Anzahl von Beispielen

zitiert werden, aus denen hervorgeht, dass die unabhängige Presse dieses Träumerpaar Bahr/Brandt im Kollektiv effektiv anhob, um sie später aus einer größeren Höhe zerschellen lassen zu können? Eines der Opfer des Mobbings war somit immerhin der damalige Kanzler.

Aber lassen wir den Geheimdienstexperten Erich Schmidt-Eenboom doch einfach weiter aus der Schule plaudern: „An Ehmkes Büchse der Pandora aber hatten zu dieser Zeit schon ausgewählte Journalisten schnuppern dürfen.

Verschlussachen sickerten – wie bei jedem Untersuchungsausschuss in der Geschichte der Bundesrepublik beobachtbar – in die Medien. Und nicht jeder, der Einblick in ein Exemplar der Liste genommen hatte, konnte anschließend der Versuchung widerstehen, wenigstens unter der Hand einigen Kollegen den einen oder anderen Namen zuzuflüstern. Manfred Bissinger hat seinen Eindruck von einem Teil dieser Aufstellung, die ihm in einer Abschrift vorlag, 1987 in einem Beitrag zur Frage »Warum so viele Journalisten für den BND arbeiten« verarbeitet und zugleich deutlich gemacht, dass es unmöglich war, die Identität der betroffenen Kolleginnen und Kollegen zu veröffentlichen, ohne das BND-Dokument im Original zu besitzen, weil sie sonst ihre BND-Bindung einfach hätten bestreiten können: »Mir, aber auch allen anderen, die diese Liste zu sehen bekamen, sind die Augen übergelaufen. Es waren so gut wie alle, die Rang und Namen hatten im bürgerlichen Journalismus fein säuberlich alphabetisch geordnet zu finden. Nur sind die, die draufstehen, absolut geschützt, denn die Liste kann niemand veröffentlichen. Es gibt keine Zeugen, die helfen würden, den Wahrheitsbeweis anzutreten. Ein Prozess wäre deshalb nicht durchzustehen.«“

„1969, nach der Regierungsübernahme durch die sozial-liberale Koalition, wurde die BND-Zentrale in Pullach nach dem Material aus der verbotenen Inlandsaufklärung durchforstet. Obwohl in einer Eilaktion haufenweise Akten weggeschafft worden waren, konnte Kanzleramtsminister Horst Ehmke die Existenz von Personendossiers anhand von 54 Akten beweisen. Nach ihrer Übertragung auf Mikrofilm wurden die

Reste der Sonderkartei auf Weisung von BND-Präsident Wessel und Ehmke vernichtet.“ Na, das war etwas übertrieben. Sie wurden nicht vernichtet. Solchen Leuten wie Ehmke wurde der Eindruck vermittelt, sie seien vernichtet worden. Wie wäre der Folgesatz sonst zu erklären: „Im Januar 1975 tauchten aus der Sonderkartei Gehlens drei verschollene Akten über Herbert Wehner, *Zeit*-Verleger Gerd Bucerius und Bundesverfassungsrichter Fabian von Schlabrendorff wieder auf.“ Als BND-Agenten nennt Schmidt-Eenboom auch den Bundesverfassungsrichter Martin Hirsch (HORCH).

Interessant ist natürlich auch dieser Hinweis: „In 17 von 54 Fällen, erläuterte der ehemalige Chef-Beschaffer des BND, seien auf Wunsch der Betroffenen BND-Akten angelegt worden, aber nicht er, sondern möglicherweise andere Abteilungsleiter hätten Gehlen mit Informationen über Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens gespeist.“ Das bestärkte meinen Verdacht, dass in West-Deutschland nach dem Krieg keine Demokratie aufgebaut wurde, wie es sich die vier Alliierten eben so vorgestellt hatten, sondern eine antifaschistische Diktatur, die von Journalisten medial als Demokratie verkauft wurde. Mit Parteien und linken und rechten Flügeln und so weiter. Die Akteure ließen sich also offensichtlich überwachen, damit keiner von ihnen Unfug trieb und so alle anderen in Gefahr brachte. Stellen Sie sich nur vor, das Treiben in der BRD wäre bei irgend einer Gelegenheit mal aufgefliegen. Wenn ich diese Geschichte richtig einschätze, dann wundert mich auch nicht, dass „nicht einmal die 54 prominentesten Namen [je bekannt gemacht wurden,] geschweige denn das Heer von Pullacher Inlandsspitzeln, die auf oppositionelle Gruppierungen angesetzt worden waren“. Und auf Politiker, die auf einer anderen Welle ritten. Immerhin stand nach der Erinnerung von Günter Guillaume auch Willy Brandt auf dieser Liste. Sie erinnern sich ja vielleicht noch an das kindliche Staunen unseres 007 Guillaume: „Von der alphabetischen Liste der Bespitzelten braucht man nur den Anfang zu lesen, und es wird einem bunt vor Augen: Prof. Dr. Wolfgang Abendroth, Dr. Viktor Agartz, Conrad Ahlers, Dr. Adolf Arndt, Fritz Baier, Franz Barsig, Dr. Rainer Barzel, Helmut Bazille, Arno Behrisch, Berthold Beitz, Ernst Bende, Willy Brandt . . . und so weiter

und so weiter.“ Hören wir noch mehr von Schmidt-Eenboom: „Gegenüber seinem wohl engsten Freund unter den deutschen Medienleuten, Gerhard Löwenthal, hat Reinhard Gehlen behauptet, echte Inlandsaufklärung seiner Behörde habe es nicht gegeben.

Und der ZDF-Moderator glaubte ihm unbesehen und nahm den bewunderten Nachrichtenchef 2003 noch kurz vor seinem Tode vor der Kamera gegen solche Anwürfe in Schutz.“ Wussten Sie übrigens, dass der dunkel-böse Gerhard Löwenthal in der SPD war? Das hätten Sie nicht gedacht. Aber er war dort eingetreten, bevor der Brandt kam und den Austausch der politischen Positionen von linken und rechten Politikern, Journalisten und Publizisten erforderlich machte. Als der Rollentausch vollzogen war, marschierte der Konservatismus ja auch nicht mehr an der Spitze des Fortschritts, wie es Strauß ein Jahrzehnt zuvor noch gefordert hatte. Das Publikum vergaß das auch über die Jahre. Strauß prägte sich später eher als dunkler Reaktionär ein. Das hieß aber höchstwahrscheinlich auch bei ihm nicht, dass er sein Ziel aus den Augen verloren gehabt hätte.

Was nun eine echte Inlandsaufklärung in der BRD anging – für eine echte Inlandsaufklärung gab es ja auch noch andere Geheimdienste. Man muss das ja auch nicht ganz so platt machen, wie Erich Mielke mit seinen Truppenteilen, bei denen die Beteiligten oft schon an ihren uniformen Frisuren gut und deutlich zu erkennen waren.

Im studentischen Rahmen waren sie daran zu erkennen, dass sie mehr Geld ausgeben konnten, als andere Studenten damals normalerweise als Stipendium auf ihr Konto bekamen. Aber diese eine Leseprobe vom anderen Ufer der Elbe möchte ich Ihnen hier nun doch noch bieten: „Vor allem die Christlich-Soziale Union in Bayern konnte regelmäßig auf Schützenhilfe aus Pullach rechnen. Franz Josef Strauß erhielt BND-Berichte auch in Zeiten, als er kein öffentliches Amt bekleidete. [...] Die Ausschussminderheit im Langemann-Untersuchungsausschuss des Bayerischen Landtags stufte es vorsichtig als »unüblich« ein, dass Kultusminister Huber, bei dem Langemann kurzzeitig gearbeitet hatte, »rege Kontakte zu Auslandsagenten des BND unterhält.«“

## Der Vertrag von Moskau

„Als Egon Bahr mit seinem Papier vom 22. Mai 1970 aus Moskau zurückgekehrt war, ließ sich auf den ersten Blick erkennen, dass er das Gerüst eines fertigen Vertrages mitgebracht hatte.“ Das war nicht gut. Folgerichtig heißt es bei Arnulf Baring daraufhin: „Man durfte nichts überstürzen.“ Im Januar hatte man Bahr ja seinen Willen gelassen. Er durfte ein bisschen in Moskau verhandeln, und Bonn durfte derweil den Herrn Guillaume einstellen. Doch nun war es Zeit, und der Walter Scheel musste das Ergebnis in Moskau in die Gussform bringen.

Unterdessen lief in der BRD die Propagandamaschine weiterhin auf Hochtouren. Josef Ertl aus Bayern vom „rechten Flügel“ der FDP sagte am 21. Juni 1970 vor dem Bundesvorstand der FDP im Bonner Hotel *Steigenberger*: „Es gibt Leute, die meinen, in der Ostpolitik ließen sich große Erfolge erzielen. Da gibt es gar keine großen Erfolge, da gibt es höchstens bittere Erkenntnisse zu sammeln. Deshalb müssen wir einmal von der ostpolitischen Euphorie herunter.“ Schade, dass ich Ihnen hier nicht den originalen bayerischen Akzent einspielen kann. Deshalb müssen wir einmal von der ostpolitischen Euphorie herunter, liebe Leut. Und darauf noch ein Gläschen. Sauft.

Fast gleichlautend hatte sich auch der Außenminister Walter Scheel, der ebenso aus der FDP-Spitze kam, damals geäußert: „Von Euphorie konnte innerhalb der Regierung keine Rede sein – von Anfang an nicht. So heiter und hoffnungsfroh der Außenminister in der Öffentlichkeit oft erscheinen mochte: Intern machte er keinen Hehl daraus, dass hier wenig zu holen sei. So stellte er am 2. Juli 1970 lapidar fest: Wenn man jetzt immer höre, bei Verträgen, wie man sie mit Moskau und Warschau anstrebe, dürfe man den Zusammenhang von Leistung und Gegenleistung nicht vergessen, man müsse also für das, was man gebe, auch etwas bekommen, dann könne das »nur ein völlig geschichtsloser Mensch sagen«, jemand, der die Ereignisse des letzten Vierteljahrhunderts nicht begriffen habe. »Was dafür zu kriegem ist, ist weg; dafür ist nichts zu kriegem. Ich habe nicht etwa Forderungen an

irgend jemanden zu stellen. Das ist hinüber. Das hat der letzte Krieg aufgebraucht.« [...] Es geht in der Tat nur noch darum, die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges »in einer für uns günstigen Form [...] als Modus vivendi um der Sicherheit willen zu stabilisieren.« Das war ja wieder eine verdammt *coole* Argumentation. Um der Sicherheit willen. Da hatte man es doch schon fast geschafft.

Als Helmut Schmidt später schließlich selbst der Kanzler war, gehörte Brandts Euphorie längst der Vergangenheit an. Die Atmosphäre bei Breschnjews Staatsbesuch in Bonn im Mai 1978 hielt Schmidt mit den Worten fest: Die Gäste eines Festessens auf Schloss Augustsburg zu Brühl „haben keinem großen Ereignis beigewohnt, wohl aber einen Grad von Normalität im Umgang zwischen Russen und Deutschen erlebt, den sich zehn Jahre zuvor niemand im Traum ausgedacht hätte. Aber man sah auch einen Grad von Nüchternheit, der von der Euphorie, welche einige meiner Parteifreunde ein halbes Jahrzehnt früher mit der Ostpolitik verbunden hatten, weit entfernt war.“

Wie wurde Brandts Euphorie nun geerdet? „Bereits am 4. Juni sollte nämlich ein Grundsatzbeschluss der Bundesregierung ergehen; drei Tage später erließ sie ihre – allerdings ziemlich vagen – Richtlinien für die späteren Verhandlungen Scheels in Moskau. Was wir hier machen, hätte man zu diesem Verfahren sagen können, ist so geheim, dass wir selbst noch nicht wissen, was wir tun. Es gab übrigens keinen Grund, über diese Geheimniskrämerei zu höhnen. Denn sie war nicht übertrieben, wie sich bald herausstellen sollte. Am 12. Juni veröffentlichte die *Bild*-Zeitung Teile des Bahr-Papiers, nämlich seine ersten vier Punkte, die auch in der Bonner Spitzengruppe vorab verteilt worden waren. Am 1. Juli folgte, diesmal gleichzeitig in *Bild* und *Quick*, der vollständige Text. Helmut Allardt, der damals gelegentlich an Kabinettsitzungen teilnahm, hat geschildert, wie die Bundesregierung »durch die überraschende Publikation des Vertragsentwurfes und der sogenannten Absichtserklärungen . . . etwas außer Tritt geraten war und viel Zeit mit der völlig fruchtlosen Debatte verlor, wer wann, wo und weshalb die Dokumente verraten hatte.« Als das gleiche noch einmal

beim Wortlaut des Moskauer Vertrages passierte, äußerte der Bundeskanzler am 11. August 1970, kurz vor seinem Abflug nach Moskau im Kabinett mit Nachdruck sein Bedauern darüber, »dass der Text des Vertrages schon vor der mit der Sowjetunion vereinbarten Offenlegung dem Inlandsdienst des Springer-Verlages bekannt geworden und von seinen Blättern abgedruckt worden ist. Dies schwäche nicht nur seine Position in Moskau, sondern auch allgemein das Gewicht der Bundesrepublik als Verhandlungspartner in internationalen Fragen. Er halte es für richtig, den Fall dem Deutschen Presserat zu unterbreiten. Außerdem müssten die Sicherheitsorgane eingeschaltet werden . . . « Diese Pannen waren peinlich – und folgenreich. [...]

Man wird es wohl nie wissen. Die Täter wurden jedesmal fieberhaft gesucht, aber nicht gefunden. Man hatte daher keine Anhaltspunkte, ob es sich eigentlich um Verrat gegen Geld oder um sogenannte Überzeugungstäter handelte. [...]

Nachbesserungen an seinem eigenen Verhandlungsergebnis hielt auch Bahr damals durchaus für wünschenswert. Er glaubte zwar, im Laufe der mehr als fünfzig Stunden, die er mit Gromyko zusammengesessen hatte, das Maximum des ihm Möglichen erreicht zu haben – aber nicht des Möglichen schlechthin. Er war überzeugt, dass man in einer Reihe von Punkten bessere Lösungen hätte durchsetzen können, wenn es nicht zu den Presseveröffentlichungen gekommen wäre. [...] Besonders wichtig für die Bonner Meinungsbildung war eine interne, präzise vorbereitete und konzentrierte Klausurtagung des Auswärtigen Amtes in Anwesenheit Scheels (und Abwesenheit Bahrs), die am Sonntag, dem 5. Juli, ganztägig im – damals als Gästehaus genutzten – Kanzlerbungalow veranstaltet wurde. [...] Alle diese Beratungen führten am Ende zu dem Schluss, dass das Papier entgegen der ursprünglichen Vermutung verfassungsmäßig sei, aber Verdeutlichungen wünschenswert und einige Klarstellungen sogar erforderlich mache.“ Halten Sie noch einmal die verschiedenen Stellen gegeneinander: Bahr hielt Nachbesserungen für wünschenswert; er hatte noch nicht das Maximum des Möglichen erreicht; und dann gab es eine interne Tagung mit Scheel und ohne Bahr. Da wurde aber ganz gewiss nicht in Bahrs Sinne nachgebessert. Barings Geschichtsschreibung. Verdummung auf der ganzen Linie.



Unter dem Jahr 1967 hatte ich formuliert, man musste auf Brandt zugehen, um ihn schließlich hinter sich lassen zu können. Mit Scheels Verhandlungen in Moskau war man endlich auf einer Höhe mit Brandt und konnte ihn nun passieren. War die Anerkennung der Nachkriegsgrenzen bisher umsegelt worden, indem man einfach keine Verträge mit Moskau und Warschau schloss, kam es nunmehr darauf an, die Nichtanerkennung der Grenzen in schriftlicher Form zu fixieren. Das musste der Außenminister den Russen beibringen: „So sagte Scheel am 29. Juli zu Gromyko: »Wir haben zu Hause unsere Verfassungsrechtler gebeten, die Verfassungskonformität des Vertrages zu prüfen . . .

Es gibt Juristen, die der Ansicht sind, dass der jetzige Vertrag nach den Leitsätzen eine Zweidrittelmehrheit brauche. Diese bekommen wir nicht. Unsere nicht sinnverändernden Vorschläge umgehen diese Komplikationen . . . Ich muss einen Vertrag schließen für die Mehrheit, die ich habe. Anders kann ich nicht. Auch kann ich keine Normenkontrolle riskieren . . . « Am nächsten Tage, am 30. Juli, hörte sich das so an: »Wir schlagen Veränderungen nur aus dem Grund vor, weil die juristische Prüfung der Texte bei uns zu dem Ergebnis geführt hat, dass in den Texten gerade das gesehen werden könnte, was wir durch Vermeidung des Wortes »Anerkennung« ausschließen wollten, nämlich die Vorwegnahme eines Friedensvertrages. Wenn hier nicht Klarheit geschaffen wird, stehen wir bei der parlamentarischen Prozedur vor einer ausweglosen Situation.«“

Natürlich waren die Änderungsvorschläge sinnverändernd, wenn dort sonst etwas wie Anerkennung der Grenze an Oder und Görlitzer Neiße gestanden hätte. Von dieser Feststellung aus hätten die Westmächte eine Basis gehabt, um mit der Sowjetunion über die innerdeutsche Grenze zu reden. Genau darauf hatte der erste Bonner Unterhändler in Moskau, Egon Bahr, hingearbeitet; aber seine Formulierung musste ja durchaus abgeändert werden. Es wird Sie jetzt nicht mehr erstaunen, worum sich die Verhandlungen 1989 und 1990 dann drehten.

Was die Propaganda angeht – Baring probiert in diesem Text erneut, das Wort *Verfassung* unterzubringen. Das Grundgesetz war aber keine

Verfassung, weil man den Leuten weismachen wollte, dass es sich um eine vorübergehende, eine provisorische Lösung gehandelt habe. Und als genug Zeit vergangen war, sprach man allmählich ganz beiläufig von einer Verfassung, die natürlich endgültigen Charakter gehabt hätte. Ob Sie nun die Teilung gut fanden oder nicht, spielt juristisch wirklich keine Rolle. Interessant ist, wie Sie hier ausgetrickst werden. Das Wort in Herrn Barings Rede um den heißen Brei, um das es einzig ging seit vielen Jahrzehnten, länger als ich damals schon lebte, war *Anerkennung*. Ob mit einem Friedensvertrag oder ohne oder mit Sahne oder Schnee. Die Leute in Europa wollten nur wissen, ob die Deutschen zurückkommen und sie wieder aus ihren neuen Häusern vertreiben. Lesen Sie diese Passage gerne noch einmal in Ruhe.

Zur Unterzeichnung dieses Vertrages flog der erfolgreiche Journalist, Bundeskanzler Willy Brandt, nach Moskau, getragen von dem Willen, „endlich über das Gerede hinweg[zu]kommen und entschlossen einen neuen Anfang [zu] setzen“, wie sich Helmut Schmidt erinnern konnte.

Welche Erkenntnisse konnte Willy Brandt über den Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Leonid I. Breschnjew letztlich gewinnen? „Kleine, billige Tricks gehörten zum Repertoire: Am Schluss jenes ersten Gesprächs im Kreml meinte Breschnjew, ich wisse doch hoffentlich, dass ich in der Führung meiner Partei nicht nur Freunde hätte, aber – so hatte »man« es ihm auf einen Zettel geschrieben – auf X (steht für den falsch ausgesprochenen Namen eines Ministerpräsidenten) könne ich mich jedenfalls verlassen. Die Mixtur von Parteiapparat und Geheimdienst treibt bisweilen komische Blüten. [...] Breschnjew war mir im persönlichen Gespräch nicht unsympathisch, wenn auch wegen seiner selektiven Wahrnehmung der Wirklichkeit und der wohl nicht nur damit zusammenhängenden Abhängigkeit von Sprechzetteln ein wenig unheimlich. [...] Dass mich ein Geistesriese oder eine moralische Größe empfangen würde, hatte ich auch 1970 schon nicht erwartet.“ Diese Zeilen schrieb der Mann *nach* seinem Sturz von 1974. Breschnjews KGB wusste somit deutlich mehr über die SPD als Brandt vor und nach 1970.

„Den russischen Gastgebern standen auch Tränen in den Augen, als ich in meiner Tischrede aus einem Brief vorlas,“ schrieb Brandt, „den ein nicht zurückgekehrter deutscher Soldat nach dem Einfall in die Sowjetunion an seine Eltern geschrieben hatte.“

Zu dieser Geschmacklosigkeit fällt mir gar nichts mehr ein. Niemand hatte die armen Jungs eingeladen in die Tiefen Russlands. Hätte Herr Brandt bei seiner Tischrede zum Beispiel den „Erkönig“ von Johann Wolfgang von Goethe vorgetragen, dann hätten die Russen den Text auswendig fortgesetzt. Damit hätte er einen Bogen zu besseren Zeiten geschlagen. Es gibt in Mitteleuropa ein Volk, das hat keinen Stil.

Am 12. August wurde der Vertrag dann unterzeichnet. Die BRD und die Sowjetunion verzichteten darin auf die Anwendung von Gewalt in den Beziehungen zwischen ihren Staaten, und sie verpflichteten sich, „die territoriale Integrität aller Staaten in Europa in ihren heutigen Grenzen uneingeschränkt zu achten“ und alle bestehenden Grenzen „als unverletzlich“ zu respektieren. Es liest sich so zauberhaft friedliebend, und es war trotzdem keine Anerkennung. Sonst wären eine Unmenge an heftigen Bundestagsdebatten in den folgenden Jahren vollkommen gegenstandslos gewesen.

Während sich Willy Brandt vor dem juristischen Formelkram gruselte, waren viele seiner Kombattanten in Bonn Juristen, die die Bedeutung jeder einzelnen Formulierung überblickten. Das versetzte sie meines Erachtens in die Lage, Brandt in Moskau einen Gewaltverzichtsvertrag unterschreiben zu lassen, der völkerrechtlich alles beim Alten beließ. Solche Verträge wurden auch mit Warschau und Prag abgeschlossen. Dass Brandt den Charakter der Verträge nicht verstand, entnehme ich seinen späteren bitteren Angriffen auf die Alliierten, denen er letztlich anlastete, trotz seiner hübschen Verträge nichts für die Vereinigung Deutschlands getan zu haben.

Bezogen auf die ursprüngliche Konzeption des Duos Bahr/Brandt hielt der Brite Timothy G. Ash fest: „Dies jedoch nur als »Konzession« der

deutschen Seite zu behandeln, wäre eine völlige Fehleinschätzung der Intentionen von Brandt und Bahr. Denn Bahrs »Konzept« war ja gerade, diese real existierende sowjetische Dominanz auszunutzen, um den zögerlichen ostdeutschen Satellitenstaat zu engeren Verbindungen mit der Bundesrepublik zu zwingen und auch um lebenswichtige Verbesserungen für West-Berlin zu erreichen. Wie bei einem Judo-Umschwung wollte Bonn seinem wesentlich größeren Gegenspieler Hilfestellung beim Umschwung in die Richtung leisten, in die er sich selbst bewegen wollte, um dann das Gewicht der Sowjetunion zum Nutzen Deutschlands einzusetzen. Berlin und die DDR waren die Pokale. Brandts handschriftliche Notizen zu seinen Gesprächen mit Breschnew anlässlich der Vertragsunterzeichnung in Moskau beginnen mit den Worten: »Wer bekommt was?«. Seine Aufstellung beginnt: »Bln. – DDR«. (Interessanterweise lautet der dritte Punkt: »Repar. tot«. Später sollte er anmerken, dass die Aufhebung jedweder Reparationsforderungen das Einzige gewesen sei, was der Moskauer Vertrag mit Rapallo gemein hatte.)“

Das war natürlich sehr günstig. So brauchten aus der BRD auch weiter keine Moneten für die im Weltkrieg angerichteten Schäden gezahlt zu werden. Ob der juristisch weiter offen gehaltenen Geschichte bemerkte Timothy Garton Ash aber auch und genau so zutreffend: „Die Anerkennung der »bestehenden wirklichen Lage«, wie sie der Moskauer Vertrag enthielt – und das gesamte Vertragswerk, das ihm folgte und aus ihm folgerte, einschließlich der Warschauer und Prager Verträge und des Grundlagenvertrags mit der DDR –, war nicht annähernd so vollständig und bedingungslos, wie es sich die sowjetische Führung und vor allem die Führung der DDR gewünscht hatten.“

Die Regierungen in Moskau, Warschau und Prag gingen auf diese Verträge wohl nur ein, weil Bonn somit zumindest zugesichert hatte, dass man die Nachkriegsgrenzen nicht mit Hilfe eines neuen Krieges zu ändern gedachte. Damit war Bahrs „Wandel durch Annäherung“ und zugleich Kennedys „Versuch der Vereinigten Staaten, den Kalten Krieg auf der Grundlage des Status quo zu beenden“ zu Makulatur geworden.

Arnulf Baring fand für diesen Betrug ganz wunderbare Worte: „Die »Brücke« zwischen Grenzankennung und Gewaltverzicht: „Es war den Deutschen gelungen, die Grenzankennung dem Gewaltverzicht unterzuordnen, also zwischen diesen beiden Vereinbarungen die sogenannte »Brücke« zu errichten. Im Mittelpunkt des Vertrages stand damit der Gedanke des Gewaltverzichts – eines grenzbezogenen Gewaltverzichts. Zwar hieß es im Moskauer Vertrag von der Oder-Neiße-Linie ausdrücklich, dass sie »die Westgrenze der Volksrepublik Polen bildet«. Aber von dieser Aussage abgesehen, wurde im Vertrag eine definitive Anerkennung der europäischen Nachkriegsgrenzen, insbesondere der deutsch-deutschen Grenze, bis zu einem Friedensvertrag vermieden.“ Am Rande: Baring ist unter anderem ein gelernter Jurist.

Damit in dieser Angelegenheit bei den Russen alle Klarheiten zerstört wurden, entwarf man extra noch einen „Brief zur deutschen Einheit“. „Man hatte sich – auf der Datscha – über den Text eines Briefes des Bundesaußenministers zur deutschen Einheit verständigen können: Der abzuschließende Vertrag werde »nicht im Widerspruch zu dem politischen Ziel der Bundesrepublik Deutschland« stehen, »auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt«. In diesem Schreiben konnte man einen gewissen Ersatz für den Friedensvertragsvorbehalt sehen, der sich deutscherseits nicht hatte durchsetzen lassen. Die völkerrechtliche Bedeutung des Briefes war damals eher bescheiden. Andrej Gromyko lehnte es beharrlich ab, diesen Brief entgegenzunehmen. Er wolle sich da, sagte er in aller Heiterkeit, lieber wie jene berühmten drei Affen Augen, Ohren und Mund zuhalten: »Man solle nichts Böses sehen, nichts Böses hören, nichts Böses sagen.« Daraufhin entschlossen sich die Deutschen, den Brief am 12. August 1970, kurz vor der Vertragsunterzeichnung, von Legationsrat Immo Stabreit mit einem Wagen der Botschaft ins sowjetische Außenministerium fahren und dort bei einem Sekretär (Spötter sagten: beim Pförtner) gegen Quittung abgeben zu lassen. So geschah es dann auch tatsächlich: der Brief wurde widerspruchslos angenommen. Wie verabredet, bestätigte das Ministerium den Empfang, nicht hingegen den

Inhalt. Insgesamt war damit ein zentraler Punkt völkerrechtlich nur unbefriedigend behandelt.“ Vor allem für Moskau.

*Der Spiegel* brachte das Ergebnis auf den Punkt: „Das Thema Wiedervereinigung erwähnt der Vertrag nicht. In einem »Brief zur deutschen Einheit«, dem sowjetischen Außenminister am Tag der Vertragsunterzeichnung zugestellt, betont die Bundesregierung aber ihr Festhalten an diesem Ziel.“ Und dieser Brief wurde dann gegen eine Quittung bei einem Sekretär abgegeben.

Nachdem die westdeutschen Diplomaten „ihren“ Kanzler ausgetrickst hatten, spürte Leonid I. Breschnjew nach Timothy G. Ash, dass „er die Oberhand der Sowjetunion bei den frühen Verhandlungen mit der Bundesrepublik“ hatte „und dass er – wenn auch nicht ohne Bedenken – der Meinung war, ein neuer Führer an der DDR-Spitze, der flexibler, aber auch enger an Moskau gebunden wäre, könnte in der Lage sein, die Auswirkungen des westdeutschen Einflusses innerhalb der DDR unter Kontrolle zu halten. Wieweit dies wirklich der Fall war – ob sich nun Brandts oder Breschnjews Wagnis auszahlte –, soll später untersucht werden. Aber chronologisch steht fest, dass die Verhandlungen zwischen Egon Bahr für die Bundesrepublik und Michael Kohl für die DDR dreieinhalb Monate nach Unterzeichnung des Moskauer Vertrages begannen; dass diese Verhandlungen erst im Mai 1971, nach dem Rücktritt des sich sträubenden Walter Ulbricht und der Ernennung Erich Honeckers als Parteichef, erste Früchte trugen: zuerst bei zwei weniger wichtigen Vereinbarungen (die durch das Viermächteabkommen über Berlin notwendig geworden waren), dann durch einen Verkehrsvertrag und schließlich durch den Grundlagenvertrag, der – wie Brandt gebeten hatte – noch vor den Bundestagswahlen im November 1972 paraphiert wurde; und dass Honecker in diesen frühen Jahren als Parteichef öffentlich wie inoffiziell die unverbrüchliche und beispielhafte Enge seiner Beziehungen zu Moskau betonte.“ Fest steht auch, dass damit die Wochen des Egon Bahr ihr Ende gefunden hatten. Jetzt wurde ein ganz anderer Bonner Akteur ins Scheinwerferlicht geholt.

„Diese Wende in der Beurteilung, die Rüdiger von Wechmar schon im Mai erwartet hatte, war bei der Rückkehr des Außenministers aus der Sowjetunion sichtbar geworden. Scheel stand ganz groß da. Der Empfang für ihn war geradezu triumphal. Obwohl doch bei dieser Reise in die Sowjetunion, alles in allem genommen, nicht so sehr viel herausgekommen war, hatte man sich in der Koalition allgemein, unter Politikern wie Publizisten, offenbar plötzlich entschlossen, Scheels Verhandlungsergebnis großartig zu finden. Während man die Leistungen Bahrs nach wie vor unterschätzte, wobei vielleicht das verbreitete Misstrauen, ja die Abneigung gegen ihn eine Rolle spielte, überschätzte man Scheel.“ Ach, Herr Baring. Scheel hatte den Vertrag in der Tasche, für den ihn Adenauer geküsst hätte. Über eine weitere entzückte Reaktion hielt Arnulf Baring nichtsahnend fest: „und selbst der grantige Verteidigungsminister Helmut Schmidt, sonst stets allem und allen gegenüber kritisch, äußerte freundliche Zustimmung und nannte den Vertrag »politisch ausgewogen und einen Kompromiss beider Seiten.«“ Von wegen rechter Flügel.

Zur dauerhaften umfassenden und allseitigen Verdummung der Leute und zum schrittweisen Abbau von Brandt trug selbstredend auch die unabhängige Presse bei: „»Den wertvollen Herrn Scheel«, schrieb der *stern*, »feiern Willy Brandt und seine Minister jetzt als Glücksbringer. Er hat die sozialliberale Koalition aus der Talsohle der Erfolglosigkeit herausgeführt . . . Als Scheel ins Kabinett kam, klopfen die Minister ihren Beifall auf den Tisch – eine Ehrung, die bisher noch keinem in dieser Runde zuteil geworden ist.«“

Auch das Schlusswort sei dem populären Politologen Baring gegönnt: „Es ging bei der Neuen Ostpolitik weder ausschließlich um die DDR – schon gar nicht nur um die früheren deutschen Ostgebiete – noch um die Sowjetunion, um unser Verhältnis zu ihr und Osteuropa. Diese neue Politik beinhaltete im Wesentlichen eine Selbstbefreiung aus den Erwartungsschlingen, die nicht andere, sondern die Westdeutschen ein Vierteljahrhundert früher für sich selber eigenhändig ausgelegt hatten. Man suchte jetzt von dem loszukommen, was man zwei, drei

Jahrzehnte lang gemeinsam gedacht hatte, woran aber immer mehr Menschen, zumal in der Jugend, in neuen Generationen, inzwischen zweifelten. Ob man einen Brief der anderen Seite annehmen, wer wen und auf welcher Ebene, sehen und sprechen dürfe, ob und wie lange man »kambodschieren« müsse – all diese Tabus, diese Selbstverbote wurden nunmehr als überholt und lächerlich empfunden. Die Parole der FDP zur Bundestagswahl 1969, man schaffe die alten Zöpfe ab, war ein frühes Zeichen dieser verbreiteten neuen Haltung. Die Selbstbefreiung der Westdeutschen und das neue Selbstwertgefühl, das sie nach sich zog, machten zwei Jahre später, im Spätherbst 1972, den großen Wahlsieg der Sozialliberalen möglich. Indem die Bundesbürger durch diese Neue Ostpolitik einsehen lernten, wie die wahren Verhältnisse nun einmal sind, wo die Grenzen der Handlungsmöglichkeit liegen, fanden sie vor allem zu sich selbst.“



## **Mit den Kommunisten, aber gegen sie**

Wegen der vielen Debatten über die Gespräche mit den Osteuropäern musste nun Vorsorge getroffen werden, damit die Leute im Lande ob des Bonner Spiels mit gezinkten Karten keine falschen Schlüsse ableiteten. „Das galt auch für innenpolitische Gemeinsamkeiten im Grundsätzlichen. Brandt und die SPD-Führung teilten, ohne das offen sagen zu können, die Besorgnis der Union, ein besseres Verhältnis zwischen Bonn und Moskau könne sich negativ auf die innenpolitische Stabilität der Bundesrepublik auswirken. Jungen Menschen werde vielleicht zunächst unverständlich sein, dass die Zusammenarbeit mit Kommunisten außenpolitisch notwendig sei, innenpolitisch aber verhängnisvoll. Man müsse also Fehldeutungen der Ostpolitik abwehren, müsse möglicherweise jetzt neu auflebenden Volksfrontplänen energisch entgegentreten. Die Sozialdemokratie sei hier besonders gefährdet.

Sie müsse daher frühzeitig Zeichen setzen und verdeutlichen, dass die unüberbrückbaren Gegensätze zwischen Kommunisten und Nichtkommunisten auch künftig natürlich bestehen blieben. Der Abschluss völkerrechtlicher Verträge mit Staaten des Warschauer Paktes ändere nicht das geringste an der ideologischen Grundeinstellung der Sozialdemokraten gegenüber den Kommunisten.

Noch vor der Abreise des Bundeskanzlers nach Moskau zur Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Vertrages beschloss daher das Präsidium der Sozialdemokratischen Partei, ihren führenden theoretischen Kopf, den Berliner Politikwissenschaftler und Publizisten Professor Richard Löwenthal, um die Vorformulierung eines Abgrenzungsbeschlusses zu bitten. Man hatte es damit derart eilig, dass rastlos hinter ihm hertelefonierte wurde, bis man ihn endlich an seinem Urlaubsort im italienischen Graubünden aufspüren konnte.

Zwei Tage später sandte er seinen Entwurf an Brandts Feriendomizil in Norwegen, wohin der Bundeskanzler, der seinen Aufenthalt dort wegen der Vertragsunterzeichnung in Moskau kurz unterbrochen hatte, inzwischen wieder zurückgekehrt war.

Anschließend beriet – und billigte – eine Kommission des Parteivorstandes, der Herbert Wehner, Helmut Schmidt, Jochen Steffen und

1970

Hans-Jürgen Wischnewski angehörten, dieses sogenannte Löwenthal-Papier. Nach wochenlangen weiteren Erörterungen in verschiedenen Gremien, aber im Wortlaut fast unverändert, wurde es am 14. November 1970 vom Parteivorstand, dem Parteirat und der Kontrollkommission der Sozialdemokratischen Partei verabschiedet.“

Das steigerte den Erholungseffekt des Norwegen-Urlaubs von Familie Brandt natürlich ins Unermessliche. Erst wird er unterbrochen durch einen kurzen Staatsbesuch im Reich des Bösen, und dann soll sich der gute Mann kurzfristig und sofort mit irgendeinem Pseudoanliegen aus Bonn am Rhein auseinandersetzen. Das hatte auch bestimmt nicht ein paar Tage mehr Zeit.

## Brandt läuft sukzessive seine Koalition weg

Markus Wolf erfuhr in Ost-Berlin trotz der Entfernung vom Zentrum der Welt eigentlich fast alles, und Walter Ulbricht „glaubte unserer Einschätzung, dass Brandts Entspannungspolitik durch gefährliche Angriffe der Rechten in der Bundesrepublik bedroht sei. »Herta«, als Sekretärin Quelle beim CDU-Rechtsaußen Werner Marx, informierte uns über das Zusammenspiel der konservativen Kräfte mit den Medien, vor allem mit dem Springer-Konzern. Durch Zuspielen und Veröffentlichung angeblicher oder tatsächlicher geheimer Dokumente, verbunden mit Meinungsmache, wurde eine regelrechte Hysterie angefacht.“ Und noch viel mehr: „Bei einem Treffen mit mir beschrieb eine Spitzenquelle aus der SPD, unter welchem Druck die Mitglieder der Regierungsfraktionen stünden. Man machte sich sogar schon auf Übertritte und den Verlust der parlamentarischen Mehrheit gefasst.“ Und hast du nicht gesehen, wechselten am 9. Oktober 1970 die FDP-Mitglieder Erich Mende, Heinz Starke und Siegfried Zoglmann in die CDU/CSU-Fraktion. Es waren selbstredend Leute vom *rechten Flügel* der FDP. In den *Erinnerungen* merkte er an, dass die drei vermutlich schon bei der Kanzlerwahl nicht für ihn gestimmt hatten. Nun hatte Brandt nur noch eine Mehrheit von sechs Stimmen.

Schauen wir doch einfach mal hinter die Kulissen. Siegfried Zoglmann gehörte nach Schmidt-Eenboom zu den Pressesonderverbindungen des BND: „Seit Fritz Erler im Sommer 1955 mit Reinhard Gehlen die Übernahme der Organisation Gehlen in den Bundesdienst diskutierte, gab es Vertrauenspersonen in der Politik, die in Kenntnis der Führungsgremien ihrer Partei spezielle Kontakte nach Pullach pflegten. Siegfried Zoglmann, Redakteur des *Fortschritt* und FDP-Abgeordneter in Bonn, war daher bei weitem nicht der einzige Politiker, der auf der BND-Liste der Pressesonderverbindungen vom März 1970 als Zufallskontakt ZENTGRAF auftauchte. Weitere fünf Parlamentarier hatte der BND gegenüber dem Kanzleramt als Sonderverbindungen ausgewiesen – mit nur einer Ausnahme alle in der Kategorie III und sämtlich geführt von DANKERS.“

## Der Vertrag von Warschau

Im Vorfeld des Warschauer Vertrages trug sich nach Brandt diese Szene zu: „Ich hatte dem Außenminister [W. Scheel] nahegelegt, den Staatssekretär Georg Ferdinand Duckwitz mit den Verhandlungen über den Warschauer Vertrag zu betrauen. [...] Nach dem Krieg trat er in den Auswärtigen Dienst ein, ließ sich vorzeitig pensionieren und von mir reaktivieren.

Dies auch deshalb, weil wir über Ostpolitik ähnlich dachten und er – wie sich bei Verhandlungen über Zahlungsausgleich zeigte – gut mit den Amerikanern konnte. Walter Scheel verlängerte das Engagement nicht, weil er ihm mangelnde Loyalität ankreidete. Was war passiert? Für die dritte Verhandlungsrunde hatte ich Duckwitz einen durchaus harmlosen Brief mitgegeben, der ihm zu einem Gespräch mit Gomulka verhelfen sollte, aber vergessen, Scheel hierzu ein Wort zu sagen. In Warschau bemerkte und schrieb ein Berichterstatter, dass dem Parteichef ein Brief des Kanzlers übergeben worden sei; der Bericht löste Spekulationen und die in Bonn üblichen Aufgeregtheiten aus.

Was waren das für »Geheimkontakte«? Und was mochte ich dem Mann in Warschau mitzuteilen haben? Ich war gerade zu Besprechungen in Oslo, als Scheel aufgeregt anrief und nicht leicht zu beruhigen war.“ Hoffentlich hat Brandt zumindest gekontert, dass er schon lange kann, was der Rest der Bande die ganze Zeit lang schon veranstaltete.

Am 7. Dezember 1970 wurde dann der Warschauer Vertrag zwischen Polen und der Bundesrepublik unterzeichnet. Es musste natürlich auch wieder ein Gewaltverzichtsabkommen sein und durfte in der Grenzfrage ganz selbstverständlich einem Friedensvertrag nicht vorgehen. Als die Bonner Regierung zwei weitere Jahrzehnte später nach dem zweiten flächendeckenden Aufstand in der DDR in der Grenzfrage schließlich Farbe bekennen musste, griff Hans-Dietrich Genscher, der Innenminister der Jahre 1969 bis 1974 und der Außenminister in den Jahren 1974 bis 1992, plötzlich und unerwartet auf seinen Menschenverstand zurück.

Mit bewegenden Worten, die ihm 1970 wohl noch nicht eingefallen waren, begründete er 1995 die letzte Anerkennung der polnischen Westgrenze so: „Dem polnischen Volk aber war im »Großdeutschen Reich« die Rolle von Arbeitssklaven zgedacht. Die Intelligenz sollte ausgerottet werden, und es blieb nicht bei der Absicht. Was in Polen geschah, war ein selektiver Völkermord, verbunden mit der Versklavung der Überlebenden. Die geschichtliche Wahrheit verlangt daher festzuhalten: Auch wenn Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg nicht geteilt gewesen wäre, wäre die Grenzfrage so und nicht anders entschieden worden. Den Deutschen aus den heute polnischen Gebieten wurde das schwere Opfer auferlegt, den Preis für das zu zahlen, was geschehen war – und es war ein hoher Preis, der im Verlust der Heimat, für viele im Verlust von Leben oder Gesundheit, in schlimmer Misshandlung und Demütigung bestand. Dass dies nicht in neuen Revanchismus gemündet ist, nicht in Extremismus, ist das historische Verdienst der Vertriebenen.“

## Helmut Kohl und die Aussöhnung mit Polen

Einer von denen, die Brandts Versuch, die Leute zur Anerkennung der neuen Ostgrenzen zu bewegen, erbittert bekämpft haben, war Helmut Kohl. Einen Hinweis darauf, dass Dr. Helmut Kohl jedoch ursprünglich ein vollkommen normaler Mensch war, bevor er zu der Zirkusnummer *Dick und Doof* überging, entnehme ich wiederum dem Buch *Im Namen Europas - Deutschland und der geteilte Kontinent* von Timothy Garton Ash. Dort findet sich die folgende Episode: „Ein Autor, der Helmut Kohl gut kannte, erinnerte sich, dass der damalige Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz bereits 1970 bei einem guten Glas Pfälzer Wein im Keller der Mainzer Staatskanzlei daran dachte, eine öffentliche Erklärung abzugeben, dass die Bundesrepublik die Oder-Neiße-Linie anerkennen sollte. Dies würde der Beginn einer Aussöhnung zwischen Deutschen und Polen sein, wie Adenauer sie mit Frankreich erreicht hatte, und würde Warschau die Möglichkeit geben, der Aussicht einer deutschen Einheit mit größerer Gelassenheit entgegenzusehen.“

Helmut Kohls anfangs ehrlichem Eintreten für die Einheit des Landes bis zu jenem Tag, als er erfuhr, dass Geschichte allen Ernstes *machbar* ist, dürfte auch diese von ihm geschilderte Haltung zu Willy Brandt zu verdanken sein: „Unser zum Schluss sogar freundschaftliches Verhältnis hatte sich allerdings nicht aus dieser Gemeinsamkeit entwickelt. Es hatte – so glaube ich – seinen Ursprung viel früher. Schon als rheinland-pfälzischer Ministerpräsident gehörte ich zu jenen, die die üblen Kampagnen gegen ihn nicht mitmachten. Seinerzeit hatte ich meinem Landesgeschäftsführer Heinz Schwarz einen Brief geschrieben, dass wir entsprechende Machwerke in Rheinland-Pfalz nicht verteilen sollten. Als es später zu einem Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit derlei Pamphleten kam, tauchte dann mein Brief auf, und so erhielt Willy Brandt davon Kenntnis.“ Ich würde Blasen lachen, wenn auf dem Zettel vom KGB, den Leonid Breschnjew in der Hand hatte, der durch ein X ersetzte Name der von Helmut Kohl *aus der CDU* war.

Das bedeutet, dass der später sehr seltsame Kanzler entsprechend der Stimmung der späten sechziger Jahre der CDU einen Ruck in Richtung eines aufgeklärten Verhältnisses gegenüber der polnischen Republik geben wollte. Daraus wurde selbstredend nichts. Am nächsten Morgen telefonierte er mit Richard von Weizsäcker, wohl auch mit weiteren nicht namentlich genannten „prominenten Parteifreunden“, und dann habe er beschlossen, seine gute Idee schnell zu vergessen. Außerdem heißt es bei Ash: „An Helmut Kohls persönlicher Anerkennung dieser Grenze kann kaum Zweifel bestehen. Doch immer und immer wieder, während seiner gesamten Kanzlerschaft, beschwor er Unsicherheit und Zweifel und Missverständnisse bei diesem Thema herauf. [...]“

Der Preis dafür war jedoch nicht nur die (wachsende) Kluft zwischen persönlichen Überzeugungen und öffentlicher Rhetorik von christdemokratischen Politikern beim Grenzthema, sondern auch das Entsetzen des Auslands, das solche Rhetorik auslösen konnte.“

Wenn ich den britischen Historiker richtig interpretiere, kam er nicht auf den Gedanken, dass es bei der öffentlichen Rhetorik von christdemokratischen (und zuvor von sozialdemokratischen) Politikern beim Grenzthema eben gerade darum ging, immer wieder das Entsetzen des Auslands auszulösen. Ich vermute, dass Richard von Weizsäcker sich mit Helmut Kohl in diesem Telefonat auf ein persönliches Gespräch verabredet hat, um Kohl, der damals auf dem Sprung an die Spitze der CDU war, abhörsicher in die Technik der Teilung Deutschlands über die Nichtanerkennung der Außengrenzen dieses Landes einzuweißen. Timothy Garton Ash, dessen Buch mir so viele wertvolle Belege für meine These vom Herbst 1993 geboten hatte, kam wohl aus zwei verschiedenen Gründen nicht selbst zu dieser These. Der erste und alles entscheidende Grund ist sicher, dass er Brite ist. Dort fahren die Leute ja sogar auf der falschen Straßenseite. So einer könnte sich ja noch nicht einmal völlig normal vorstellen, wegen der aufgetretenen Fälle von Gewaltkriminalität in Leeds England an einer Linie von Blackpool bis Brighton in Südwestengland und Nordostengland zu teilen. Das ist nach meinem Dafürhalten der erste Grund. Ist ja auch seltsam.

Ich komme zum zweiten Grund. Nach Walter Scheel bestand ja das Kernproblem der Deutschen in der *Harmoniesucht*. Allerdings war auch den romantischen Russen und den bunten Amerikanern die Harmonie wichtig, ob aus religiösen oder aus kulturellen Gründen. Das merkt man ja schon an diesem ständigen Gemache mit dieser Entspannung. Der Brite dürfte genauso gestrickt sein, wie jeder Mensch, der nichts Gruseliges erlebt hat in seinem Leben. Timothy G. Ash ging für meine Begriffe von zwei Grundannahmen aus, an denen er unbeirrbar festhielt. Die eine setzte er in die wunderbaren Worte: „An Helmut Kohls persönlicher Anerkennung dieser Grenze kann kaum Zweifel bestehen.“ Das ist schön für Helmut. Und die andere durchzieht das ganze Buch: „Die Deutschen“ müssen doch ein Interesse daran gehabt haben, den Staat zurückzubekommen. Dann hatte er aber Texte wie diesen von Gustav Stolper nicht gelesen: „Die Regierungen der Sieger hatten noch nicht verstanden, dass die geschichtliche Vorstellung, für die jede Nation eine eindeutige Persönlichkeit darstellte, inzwischen veraltet war. Der horizontale Schnitt, der im Gefolge von internationalen Ideologien wie Faschismus und Bolschewismus die europäischen Nationen spaltete, war ihnen noch verborgen. Lange ehe Hitlers Macht zerbrach, gab es eine deutsche Nation als Einheit nicht mehr, und dieser nationale Zerfall traf in größerem oder geringerem Maße alle Länder, in denen jene Ideologen fanatische Anhänger fanden. Dieser Zerfall ist es, der vielleicht das europäische Problem unlösbar macht und der jedenfalls einen baldigen wahren Frieden für Europa aus-schließt.“ Auf Wunsch der deutschen Klugscheißer.

Somit musste auch die CDU nicht bis 1983 auf den nächsten Wahlsieg warten, hätte Helmut Kohl das erwähnte Vorhaben aus der Mainzer Staatskanzlei umgesetzt. Hören Sie nur diese erdrückende Vernunft: „Wenn man wirklich einen neuen Anfang machen will, muss man mit aller Aufrichtigkeit über die Vergangenheit reden, die zwischen den Völkern steht. Und die Geschichte zwischen Polen und Deutschen beginnt nicht 1939. Sie fängt ein erhebliches Stück früher an.“



Wahr ist, dass Deutsche im Zweiten Weltkrieg an Polen schreckliche Verbrechen verübt haben. Die Nazis wollten die Elite des polnischen Volkes ausrotten und verschleppten sie in Konzentrationslager.

Wahr ist aber auch, dass bei der Vertreibung unschuldiger Deutscher Schreckliches von Polen begangen worden ist. Man darf diese Taten keinesfalls gegeneinander aufrechnen, aber man muss bereit sein, der ganzen Wahrheit ins Auge zu sehen, und darf nicht Teile davon verdrängen.“